Europäisches Parlament
2024-2029

Petitionsausschuss

2025/2027(INI)

11.3.2025

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 86

Entwurf eines Berichts
Gheorghe Falcă
(PE768.068v01-00)

Beratungen des Petitionsausschusses im Jahr 2023
(2025/2027(INI))

Änderungsantrag 1
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
— gestützt auf die Artikel 24 und 227 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (im Folgenden „AEUV“) über das Recht der Unionsbürger und der Personen mit Wohnort in der Union, sich mit ihren Anliegen an das Europäische Parlament zu wenden,	– gestützt auf die Artikel ***20,*** 24 und 227 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (im Folgenden „AEUV“) über das Recht der Unionsbürger und der Personen mit Wohnort in der Union, sich mit ihren Anliegen an das Europäische Parlament zu wenden,

Or. en

Änderungsantrag 2
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
— gestützt auf die Artikel 24 und 227 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (im Folgenden „AEUV“) über das Recht der Unionsbürger und der Personen mit Wohnort in der Union, sich mit ihren Anliegen an das Europäische Parlament zu wenden,	– gestützt auf die Artikel ***20,*** 24 und 227 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (im Folgenden „AEUV“) über das Recht der Unionsbürger und der Personen mit Wohnort in der Union, sich mit ihren Anliegen an das Europäische Parlament zu wenden,

Or. en

Änderungsantrag 3
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
B. in der Erwägung, dass beim Parlament im Jahr ***2023 1 452*** Petitionen	B. in der Erwägung, dass beim Parlament im Jahr ***2023 1 452*** Petitionen

eingegangen sind, was bedeutet, dass die Zahl der Petitionen gegenüber den ***1 217*** im Jahr 2022 eingereichten Petitionen um 16,2 % und gegenüber den ***1 392*** im Jahr 2021 eingereichten Petitionen um 4,0 % gestiegen ist;	eingegangen sind, was bedeutet, dass die Zahl der Petitionen gegenüber den ***1 217*** im Jahr 2022 eingereichten Petitionen um 16,2 % und gegenüber den ***1 392*** im Jahr 2021 eingereichten Petitionen um 4,0 % gestiegen ist; ***in der Erwägung, dass die Gesamtzahl der eingegangenen Petitionen nach wie vor deutlich unter den Höchstständen der Jahre 2013 und 2014 liegt, in denen beim Parlament 2 891 bzw. 2 715 Petitionen eingingen;***
	Or. en

Änderungsantrag 4
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Erwägung D

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
D. in der Erwägung, dass die Zahl der Petitionen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der EU insgesamt jedoch nach wie vor recht gering ist, was zeigt, dass weiterhin Anstrengungen unternommen werden müssen, um dafür zu sorgen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger ihres Petitionsrechts und des möglichen Nutzens von Petitionen als Mittel, um die Aufmerksamkeit der Organe und der Mitgliedstaaten auf Angelegenheiten zu lenken, die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen, stärker bewusst sind; in der Erwägung, dass die Bürgerinnen und Bürger bei der Ausübung ***ihres*** Petitionsrechts erwarten, dass die EU-Organe einen ***echten Beitrag zur*** Lösung ihrer Probleme leisten;	D. in der Erwägung, dass die Zahl der Petitionen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der EU insgesamt jedoch nach wie vor recht gering ist, was zeigt, dass weiterhin Anstrengungen unternommen werden müssen, um dafür zu sorgen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger ihres Petitionsrechts und des möglichen Nutzens von Petitionen als Mittel, um die Aufmerksamkeit der Organe und der Mitgliedstaaten auf Angelegenheiten zu lenken, die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen, stärker bewusst sind; in der Erwägung, dass die Bürgerinnen und Bürger bei der Ausübung ***des*** Petitionsrechts erwarten, dass die EU-Organe einen ***proaktiven Ansatz verfolgen und mit den Behörden der Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche zusammenarbeiten, um einen Mehrwert bei der*** Lösung ihrer Probleme ***zu*** leisten***, insbesondere, wenn diese aufgrund dokumentierter Verstöße gegen das EU-***

Recht auftreten;

Or. en

Änderungsantrag 5
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass die Kriterien für die Zulässigkeit von Petitionen in Artikel 227 AEUV und Artikel 232 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Parlaments festgelegt sind, wonach Petitionen von ***einer EU-Bürgerin oder*** einem ***EU-Bürger*** oder einer natürlichen oder juristischen Person mit Wohnort oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat ***einzureichen sind, der bzw. die unmittelbar von Angelegenheiten betroffen ist***, die in ***den Tätigkeitsbereich*** der EU fallen;	E. in der Erwägung, dass die Kriterien für die Zulässigkeit von Petitionen in Artikel 227 AEUV und Artikel 232 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Parlaments festgelegt sind, wonach Petitionen von einem ***Unionsbürger*** oder einer natürlichen oder juristischen Person mit Wohnort oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat***, entweder allein oder zusammen mit anderen, einzureichen sind, und zwar zu Angelegenheiten***, die in ***die Tätigkeitsbereiche*** der EU fallen ***und die Petenten unmittelbar betreffen, wobei die letztgenannte Bedingung sehr weit ausgelegt wird***;

Or. en

Änderungsantrag 6
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass die Kriterien für die Zulässigkeit von Petitionen in Artikel 227 AEUV und Artikel 232 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Parlaments festgelegt sind, wonach Petitionen von ***einer EU-Bürgerin oder*** einem EU-Bürger oder einer natürlichen oder juristischen Person mit Wohnort oder	E. in der Erwägung, dass die Kriterien für die Zulässigkeit von Petitionen in Artikel 227 AEUV und Artikel 232 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Parlaments festgelegt sind, wonach Petitionen von einem EU-Bürger oder einer natürlichen oder juristischen Person mit Wohnort oder satzungsmäßigem Sitz in einem

satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat ***einzureichen sind, der bzw. die unmittelbar von*** Angelegenheiten ***betroffen ist***, die in ***den Tätigkeitsbereich*** der EU fallen;	Mitgliedstaat***, allein oder zusammen mit anderen, zu*** Angelegenheiten, die in ***die Tätigkeitsbereiche*** der EU fallen ***und die Petenten entweder mittelbar oder unmittelbar betreffen, einzureichen sind***;

Or. en

Änderungsantrag 7
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Erwägung H

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
H. in der Erwägung, dass das Parlament das einzige EU-Organ ist, das von den EU-Bürgerinnen und -Bürgern direkt gewählt wird; in der Erwägung, dass es seit Langem international eine führende Rolle bei der Entwicklung des Petitionsverfahrens spielt, sein Petitionsverfahren das offenste und transparenteste derartige Verfahren in Europa ist und den Petenten somit eine uneingeschränkte Beteiligung an seinen Tätigkeiten ermöglicht;	H. in der Erwägung, dass das ***Recht, eine Petition an das Europäische Parlament zu richten, zu den Grundrechten der EU-Bürger und der in der EU ansässigen Personen gehört; in der Erwägung, dass das*** Parlament das einzige EU-Organ ist, das von den EU-Bürgerinnen und -Bürgern direkt gewählt wird; in der Erwägung, dass es seit langem international eine führende Rolle bei der Entwicklung des Petitionsverfahrens spielt, sein Petitionsverfahren das offenste und transparenteste derartige Verfahren in Europa ist und den Petenten somit eine uneingeschränkte Beteiligung an seinen Tätigkeiten ermöglicht;

Or. en

Änderungsantrag 8
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Erwägung H a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ha. in der Erwägung, dass das Petitionsrecht den EU-Bürgern und den in der EU ansässigen Personen einen

offenen, demokratischen und transparenten Mechanismus bieten könnte, über den sie sich unmittelbar an ihre gewählten Vertreter wenden können, und daher von entscheidender Bedeutung für eine aktive und wirksame Teilhabe der Bürger am Leben in der Union ist;

Or. en

Änderungsantrag 9
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Erwägung J

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
J. in der Erwägung, dass die Arbeit des Petitionsausschusses auf den Beiträgen der Petenten fußt, wodurch es dem Parlament ermöglicht wird, besser auf Beschwerden und Bedenken hinsichtlich der Wahrung der Grundrechte der EU und der Einhaltung der EU-Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten zu reagieren; in der Erwägung, dass Petitionen daher eine wertvolle Informationsquelle über Fälle von falscher Anwendung oder Verstößen gegen das EU-Recht darstellen und es somit ermöglichen, die Anwendung des EU-Rechts sowie seine Auswirkungen auf die Rechte der EU-Bürgerinnen und -Bürger und der Personen mit Wohnort in der EU zu bewerten;	J. in der Erwägung, dass die Arbeit des Petitionsausschusses auf den Beiträgen der Petenten fußt, wodurch es dem Parlament ermöglicht wird, besser auf Beschwerden und Bedenken hinsichtlich der Wahrung der Grundrechte der EU und der Einhaltung der EU-Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten zu reagieren; in der Erwägung, dass ***die EU-Bürgerinnen und -Bürger mittels Petitionen Versäumnisse bei der Umsetzung des EU-Rechts beanstanden und zur Aufdeckung von Verstößen gegen das EU-Recht beitragen können; in der Erwägung, dass*** Petitionen daher eine wertvolle Informationsquelle über Fälle von falscher Anwendung oder Verstößen gegen das EU-Recht darstellen und es somit ermöglichen, die Anwendung des EU-Rechts sowie seine Auswirkungen auf die Rechte der EU-Bürgerinnen und -Bürger und der Personen mit Wohnort in der EU zu bewerten;

Or. en

Änderungsantrag 10
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Erwägung J a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ja. in der Erwägung, dass das volle Potenzial des Petitionsrechts im EU-Recht nach wie vor durch die schwerwiegenden Unzulänglichkeiten und Schwachstellen im Zusammenhang mit dem strategischen Ansatz der Kommission zur Durchsetzung des EU-Rechts eingeschränkt wird, der unter anderem dadurch beeinträchtigt wird, dass nach wie vor rechtliche Klarheit in Bezug auf die Kriterien fehlt, die die Kommission im Rahmen von Vertragsverletzungsverfahren und EU-Pilotverfahren anwendet, dass es zu sehr langen Verzögerungen bei der Beendigung von Verstößen gegen das EU-Recht kommt und dass es an Transparenz bei der Bearbeitung von EU-Pilot- und Vertragsverletzungsverfahren durch die Kommission mangelt, zumal weder die Öffentlichkeit noch MdEP als gewählte Bürgervertreter Zugang zu Dokumenten und detaillierten Informationen über den Austausch zwischen den Dienststellen der Kommission und den Mitgliedstaaten haben;

Or. en

Änderungsantrag 11
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Erwägung J a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ja. in der Erwägung, dass die Kommission gemäß Artikel 17 EUV für die korrekte Anwendung der Verträge sowie der kraft der Verträge erlassenen Maßnahmen sorgt; in der Erwägung, dass der von der Kommission verfolgte strategische Ansatz bei der Behandlung

der in den Petitionen thematisierten Angelegenheiten in vollem Einklang mit den Verträgen stehen muss, damit ihre wirksame und umfassende Weiterbehandlung sichergestellt ist;

Or. en

Änderungsantrag 12
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Erwägung J b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Jb. in der Erwägung, dass die Kommission gemäß Artikel 17 EUV für die korrekte Anwendung der Verträge sowie der kraft der Verträge erlassenen Maßnahmen sorgen sollte; in der Erwägung, dass der strategische Ansatz der Kommission bei der Behandlung der in Petitionen aufgeworfenen Fragen voll und ganz mit den Verträgen im Einklang stehen muss, um für möglichst wirksame Folgemaßnahmen zu den Petitionen zu sorgen und einen vollständigen und zügigen Schutz der sich aus dem EU-Recht ergebenden Bürgerrechte sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 13
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
K. in der Erwägung, dass jede Petition sorgfältig, effizient und auf transparente Weise geprüft und behandelt wird; in der Erwägung, dass alle Petenten das Recht	K. in der Erwägung, dass jede Petition sorgfältig, effizient und auf transparente Weise geprüft und behandelt wird; in der Erwägung, dass alle Petenten ***Anspruch***

haben, innerhalb einer angemessenen Frist eine Antwort sowie Informationen über die Entscheidung über die Zulässigkeit und die vom Ausschuss getroffenen Folgemaßnahmen in seiner eigenen Sprache oder in der in der Petition verwendeten Sprache zu erhalten;	***auf eine unparteiische und gerechte Behandlung ihrer Petitionen haben, wobei das in Artikel 41 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerte Recht auf eine gute Verwaltung uneingeschränkt einzuhalten ist; in der Erwägung, dass alle Petenten*** das Recht haben, innerhalb einer angemessenen Frist eine Antwort sowie Informationen über die Entscheidung über die Zulässigkeit und die vom Ausschuss getroffenen Folgemaßnahmen in seiner eigenen Sprache oder in der in der Petition verwendeten Sprache zu erhalten;

Or. en

Änderungsantrag 14
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Erwägung K a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ka. in der Erwägung, dass rasche und wirksame Reaktionen der Kommission und der Mitgliedstaaten auf die in den Petitionen aufgeworfenen Probleme in Verbindung mit angemessenen Entschädigungs- und Rechtsbehelfsverfahren für Petenten, denen infolge von Verstößen gegen das EU-Recht Schaden entstanden ist, das Vertrauen der Petenten in die Union und ihre Politik stärken; in der Erwägung, dass es daher von entscheidender Bedeutung ist, hohe Standards bei der Umsetzung dieses Rechts und bei der Bearbeitung von Petitionen aufrechtzuerhalten;

Or. en

Änderungsantrag 15
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Erwägung N

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
N. in der Erwägung, dass der Petitionsausschuss bei der Annahme seiner Tagesordnungen für Sitzungen ***auf*** Petitionen und Themen ***achtet***, die von großer Bedeutung ***für die Aussprachen auf der EU-Ebene sind, und der Notwendigkeit Rechnung trägt***, ***eine ausgeglichene*** geografische Abdeckung der Themen im Einklang mit den eingegangenen Petitionen zu wahren;	N. in der Erwägung, dass der Petitionsausschuss bei der Annahme seiner Tagesordnungen für Sitzungen ***den*** Petitionen und Themen, die ***für die Aussprachen auf EU-Ebene*** von großer Bedeutung ***sind, größere Aufmerksamkeit schenken sollte und dabei seinem Hauptziel, Probleme im Zusammenhang mit Verstößen gegen das EU-Recht sowie Schlupflöcher und Mängel in den geltenden EU-Rechtsvorschriften anzugehen***, ***in vollem Umfang gerecht werden sollte, wobei eine ausgewogene*** geografische Abdeckung der Themen im Einklang mit den eingegangenen Petitionen zu wahren ***ist; in der Erwägung, dass der Petitionsausschuss bei der Organisation seiner Informationsreisen für eine ausgewogenere geografische Abdeckung sorgen sollte, um seiner Pflicht nachzukommen, bei seinen wichtigsten Folgemaßnahmen zu den eingegangenen Petitionen für eine europäische Dimension zu sorgen***;

Or. en

Änderungsantrag 16
Jana Toom, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Erwägung Q

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Q. in der Erwägung, dass der Petitionsausschuss im Jahr 2023 vier Informationsbesuche unternommen hat;	Q. in der Erwägung, dass der Petitionsausschuss im Jahr 2023 vier Informationsbesuche unternommen hat; ***in der Erwägung, dass die Mitglieder nach Rumänien reisten, um die Kontrolle und den Schutz der Braunbärenpopulation und den illegalen Holzeinschlag zu***

untersuchen, nach Donegal (Irland), um die Verwendung mangelhafter glimmerhaltiger Bausteine im Bauwesen in Irland zu untersuchen, und nach Katalonien (Spanien), um das in Katalonien praktizierte Sprachimmersionsmodell vor Ort zu bewerten; in der Erwägung, dass die Mitglieder des PETI-Ausschusses auch einer gemeinsamen Delegation der Ausschüsse EMPL, LIBE und PETI angehörten, die nach New York reiste, um an der 16. Tagung der Konferenz der Vertragsstaaten der UN-Behindertenrechtskonvention teilzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 17
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Erwägung Q

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Q. in der Erwägung, dass der Petitionsausschuss im Jahr 2023 vier Informationsbesuche unternommen hat;	Q. in der Erwägung, dass der Petitionsausschuss im Jahr 2023 vier Informationsbesuche unternommen hat; ***in der Erwägung, dass die Kommunikation auf nationaler Ebene sowohl vor als auch während der Informationsbesuche verbessert werden muss, um sicherzustellen, dass die Bürger und die Zivilgesellschaft zu einem offenen Dialog mit der EP-Delegation vor Ort eingeladen werden und verstehen, dass sich diese aktiv mit den Fragen befasst, die ihr Leben betreffen;***

Or. en

Änderungsantrag 18
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1a. würdigt den bedeutenden Beitrag, den der Petitionsausschuss mit seiner Arbeit zur Annahme der neuen Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt geleistet hat, die darauf abzielt, zur Verwirklichung der Ziele des europäischen Grünen Deals beizutragen, indem eine umfassende und aktuelle Liste von Umweltstraftaten bereitgestellt wird und die schwerwiegendsten Verstöße gegen Umweltverpflichtungen, die verheerende Auswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit haben könnten, strafrechtlich bekämpft werden;

Or. en

Änderungsantrag 19
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Ziffer 1 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1b. hebt die wertvollen Beiträge hervor, die der Petitionsausschuss durch seine genaue Bewertung der eingegangenen Petitionen zum Vertrag über die Energiecharta bereitgestellt hat, deren miteinander zusammenhängende Fragen — entsprechend den Forderungen der Petenten — zu dem Beschluss des Rates über den Austritt der Union aus dem Vertrag über die Energiecharta führten, da dieser als nicht mehr mit den Klimazielen der EU im Rahmen des europäischen Grünen Deals und des Übereinkommens von Paris vereinbar angesehen wurde;

Or. en

Änderungsantrag 20
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Ziffer 1 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1c. hebt die wichtige Arbeit hervor, die der Petitionsausschuss für den Schutz der Arbeitnehmerrechte vor Diskriminierung und gegen den Missbrauch befristeter Arbeitsverträge im öffentlichen Sektor in Italien geleistet hat; begrüßt, dass die Kommission die sehr soliden Rechtsdokumente, die von den Petenten vorgelegt und in verschiedenen Sitzungen des Petitionsausschusses sorgfältig geprüft wurden, gebührend berücksichtigt und beschlossen hat, dem Gerichtshof der Europäischen Union den Fall Italiens vorzulegen, weil das Land den missbräuchlichen Rückgriff auf befristete Arbeitsverträge und diskriminierende Beschäftigungsbedingungen unter Verstoß gegen die Richtlinie 1999/70/EG des Rates nicht beendet hat;

Or. en

Änderungsantrag 21
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Ziffer 1 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1d. betont die bedeutenden Tätigkeiten des Petitionsausschusses bei der Bearbeitung von Petitionen, die im Namen von 91 Organisationen eingereicht wurden, die Teil der Vereinigung „Fossil Free Politics“ sind und fordern, die im Bereich fossiler Brennstoffe tätigen Unternehmen wegen

ihrer Rolle in der Krise der Energie- und Lebenshaltungskosten in die Verantwortung zu nehmen und den Einfluss fossiler Brennstoffe auf die Entscheidungsfindung der EU zu beenden; hebt die umfangreichen von den Petenten vorgebrachten Beweise hervor, die auf unabhängigen wissenschaftlichen Forschungen beruhen und belegen, dass sich die Industrie für fossile Brennstoffe seit vielen Jahren voll und ganz der von ihren Produkten ausgehenden Gefahren für das Klima bewusst ist und sich dafür entschieden hat, Klimaleugnung und Desinformation zu verbreiten, anstatt den Übergang zu einer Zukunft, die auf erneuerbaren Energien beruht, zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 22
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Ziffer 1 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1e. hebt die hochwertige Arbeit hervor, die der Petitionsausschuss in Bezug auf die Auswirkungen des Klimawandels auf die soziale Sicherheit und die am stärksten gefährdeten Gruppen sowie auf die Entschädigung der Opfer von Klimakatastrophen geleistet hat, und bestätigt die erheblichen Verbesserungen, die in den letzten Jahren durch die Methoden der Erkennung und Zurechnung des Klimawandels erzielt wurden, die von Bürgern und Verbänden bereits erfolgreich genutzt wurden, um rechtliche Schritte zu unternehmen, damit Unternehmen, die im Bereich fossile Brennstoffe tätig sind, und Regierungen, die fossile Brennstoffe nutzen, für ihre Mitverantwortung am Klimawandel bzw. für das Versäumnis, Maßnahmen zu

ergreifen, zur Rechenschaft gezogen werden;

Or. en

Änderungsantrag 23
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Ziffer 1 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1f. begrüßt den erfolgreichen Beitrag des Petitionsausschusses im Fall der Rückführung von Kindern mit ihren Müttern, die jahrelang unter katastrophalen Bedingungen in syrischen Flüchtlingslagern festgehalten wurden, unter schweren Krankheiten, Unterernährung und starkem psychologischem Druck litten und deren Gesundheitszustand sich tagtäglich verschlechterte; begrüßt, dass der Oberste Gerichtshof Dänemarks die wichtigsten rechtlichen Argumente, die im Petitionsausschuss einstimmig befürwortet wurden, weitgehend unterstützt und angeordnet hat, dass das dänische Außenministerium sowohl den betroffenen Kindern als auch ihren Müttern Rückführung und Unterstützung anbieten soll;

Or. en

Änderungsantrag 24
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Ziffer 1 g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1g. lobt die herausragende Arbeit, die der Petitionsausschuss in Bezug auf den

Petitionsantrag betreffend die Halbinsel Akamas, das Gebiet mit der größten biologischen Vielfalt in Zypern, geleistet hat, wo es seit Jahrzehnten wiederholt zu systemischen Verstößen gegen die Habitat-Richtlinie und die Vogelschutzrichtlinie kommt, und zwar vor dem Hintergrund, dass es an wirksamen und rechtsverbindlichen Maßnahmen zum Schutz dieses Gebiets mangelt und dass die zuständigen zyprischen Behörden kürzlich Pläne vorgestellt haben, die verheerende Auswirkungen auf die sehr empfindlichen natürlichen Ökosysteme von Akamas haben und gegen das EU-Umweltrecht verstoßen; betont, dass die Kommission im Anschluss an die diesbezüglichen Tätigkeiten des Petititionsausschusses am 13. März 2024 beschlossen hat, Zypern wegen Nichteinhaltung der Habitat-Richtlinie durch die zyprischen Behörden vor dem Gerichtshof der Europäischen Union zu verklagen; bedauert, dass die Kommission dem Rechnungshof fast ein Jahr nach dieser Entscheidung noch keine Akte vorgelegt und damit das Gerichtsverfahren nicht offiziell eingeleitet hat;

Or. en

Änderungsantrag 25
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1a. begrüßt die Aussprache des PETI-Ausschusses über die Petition Nr. 1168/2023, die von Mihai Igna im Namen der Vereinigung „Gemeinsam bringen wir Wohlstand“ eingereicht wurde, in der die Rückgabe des Staatsschatzes und der historischen Archive Rumäniens durch Russland

gefordert wird; unterstreicht die herausragende historische Bedeutung dieser Debatte, insbesondere im Zusammenhang mit dem anhaltenden Krieg in der Ukraine, da darin die umfassenderen Fragen der kulturellen Bewahrung und des Schutzes des nationalen Erbes in Zeiten geopolitischer Konflikte hervorgehoben werden; betont, dass der Einsatz des PETI-Ausschusses in dieser Angelegenheit sein Engagement für die Wahrung der Rechte der rumänischen Bürger und des historischen Erbes Rumäniens widerspiegelt und seine rechtmäßigen Forderungen auf internationaler Ebene unterstützt; erinnert an die anschließende Entschließung des Plenums zur Rückgabe des rumänischen Staatsschatzes, den sich Russland rechtswidrig angeeignet hat;

Or. en

Änderungsantrag 26
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1a. betont, dass die Geschäftsordnung des Parlaments überarbeitet werden muss, um die strategische Bedeutung des Petitionsausschusses zu stärken, einschließlich seiner Rolle bei den Tätigkeiten des Plenums und im Rahmen der Gesetzgebungsinitiativen des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 225 AEUV; weist darauf hin, dass diese Überarbeitung darauf abzielen sollte, die allgemeinen Folgemaßnahmen zu eingegangenen Petitionen zu verstärken und ihre Nutzung als entscheidendes Instrument zur wirksamen Behebung von Mängeln im geltenden EU-Recht, die sich nachteilig auf die Rechte der Bürger auswirken, zu verstärken,

sodass der demokratische Prozess gestärkt wird, indem sichergestellt wird, dass die Anliegen der Bürger direkter in legislative Maßnahmen und Entscheidungsprozesse einfließen;

Or. en

Änderungsantrag 27
Sandra Gómez López, Joanna Scheuring-Wielgus, Annalisa Corrado, Isilda Gomes, Hana Jalloul Muro, Sandro Ruotolo, Alex Agius Saliba

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. weist erneut darauf hin, dass eine kontinuierliche öffentliche Debatte über die Tätigkeitsbereiche der EU wichtig ist, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger über den Umfang der Zuständigkeiten der EU und die verschiedenen Ebenen der Beschlussfassung hinreichend informiert werden; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass umfassendere Sensibilisierungskampagnen durchgeführt werden müssen, indem sich Kommunikationsdienste aktiv beteiligen, um dazu beizutragen, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr über ihr Petitionsrecht sowie über den Umfang der Zuständigkeiten der EU und die Kompetenzen des Petitionsausschusses wissen, und so dafür zu sorgen, dass weniger unzulässige Petitionen eingereicht werden;	2. weist erneut darauf hin, dass eine kontinuierliche öffentliche Debatte über die Tätigkeitsbereiche der EU wichtig ist, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger über den Umfang der Zuständigkeiten der EU und die verschiedenen Ebenen der Beschlussfassung hinreichend informiert werden; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass umfassendere Sensibilisierungskampagnen durchgeführt werden müssen, indem sich Kommunikationsdienste aktiv beteiligen, um dazu beizutragen, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr über ihr Petitionsrecht sowie über den Umfang der Zuständigkeiten der EU und die Kompetenzen des Petitionsausschusses wissen, und so dafür zu sorgen, dass weniger unzulässige Petitionen eingereicht werden; ***fordert verstärkte Informations- und Kommunikationskampagnen über das Petitionsrecht, um sicherzustellen, dass die Bürger aller Mitgliedstaaten dieses Recht uneingeschränkt wahrnehmen können, wobei ländlichen und benachteiligten Gemeinschaften besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; empfiehlt, die digitale Zugänglichkeit des Petitionsportals zu verbessern, einschließlich Anpassungen für***

Menschen mit Behinderungen und effizienterer Übersetzungen in alle Amtssprachen der EU;

Or. en

Änderungsantrag 28
Jana Toom, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. weist erneut darauf hin, dass eine kontinuierliche öffentliche Debatte über die Tätigkeitsbereiche der EU wichtig ist, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger über den Umfang der Zuständigkeiten der EU und die verschiedenen Ebenen der Beschlussfassung hinreichend informiert werden; ***bekräftigt in diesem Zusammenhang***, dass umfassendere Sensibilisierungskampagnen durchgeführt werden müssen, indem sich Kommunikationsdienste aktiv beteiligen, um dazu beizutragen, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr über ihr Petitionsrecht sowie über den Umfang der Zuständigkeiten der EU und die Kompetenzen des Petitionsausschusses wissen, und so dafür zu sorgen, dass weniger unzulässige Petitionen eingereicht werden;	2. weist erneut darauf hin, dass eine kontinuierliche öffentliche Debatte über die Tätigkeitsbereiche der EU wichtig ist, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger über den Umfang der Zuständigkeiten der EU und die verschiedenen Ebenen der Beschlussfassung hinreichend informiert werden; ***fordert eine EU-weite strukturierte Informationskampagne in Zusammenarbeit mit nationalen und regionalen Bürgerbeauftragten, nichtstaatlichen Organisationen und Bildungseinrichtungen in allen Amtssprachen der EU, um das Bewusstsein für das Petitionsrecht zu schärfen; schlägt eine Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit durch soziale Medien und Veranstaltungen der lokalen Gemeinschaft vor; hebt hervor***, dass umfassendere Sensibilisierungskampagnen durchgeführt werden müssen, indem sich Kommunikationsdienste ***der EU*** aktiv beteiligen, um dazu beizutragen, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr über ihr Petitionsrecht sowie über den Umfang der Zuständigkeiten der EU und die Kompetenzen des Petitionsausschusses wissen, und so dafür zu sorgen, dass weniger unzulässige Petitionen eingereicht werden ***und die Beteiligung der Bürger am Beschlussfassungsverfahren gestärkt wird***;

Or. en

Änderungsantrag 29
Maria Zacharia

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. weist erneut darauf hin, dass eine kontinuierliche öffentliche Debatte über die Tätigkeitsbereiche der EU wichtig ist, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger über den Umfang der Zuständigkeiten der EU und die verschiedenen Ebenen der Beschlussfassung hinreichend informiert werden; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass umfassendere Sensibilisierungskampagnen durchgeführt werden müssen, indem sich Kommunikationsdienste aktiv beteiligen, um dazu beizutragen, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr über ihr Petitionsrecht sowie über den Umfang der Zuständigkeiten der EU und die Kompetenzen des Petitionsausschusses wissen, und so dafür zu sorgen, dass weniger unzulässige Petitionen eingereicht werden;	2. weist erneut darauf hin, dass eine kontinuierliche öffentliche Debatte über die Tätigkeitsbereiche der EU wichtig ist, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger über den Umfang der Zuständigkeiten der EU und die verschiedenen Ebenen der Beschlussfassung hinreichend informiert werden; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass umfassendere Sensibilisierungskampagnen durchgeführt werden müssen, indem sich Kommunikationsdienste aktiv beteiligen, um dazu beizutragen, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr über ihr Petitionsrecht sowie über den Umfang der Zuständigkeiten der EU und die Kompetenzen des Petitionsausschusses wissen, und so dafür zu sorgen, dass weniger unzulässige Petitionen eingereicht werden; ***betont, dass insbesondere in abgelegenen Gebieten und Inselregionen ebenso wie bei marginalisierten Bevölkerungsgruppen Informationskampagnen über das Petitionsrecht durchgeführt werden müssen und dass die Verfahren vereinfacht werden müssen, um die Hindernisse für die Bürgerbeteiligung abzubauen;***

Or. el

Änderungsantrag 30
Pál Szekeres

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. weist erneut darauf hin, dass eine kontinuierliche öffentliche Debatte über die Tätigkeitsbereiche der EU wichtig ist, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger über den Umfang der Zuständigkeiten der EU und die verschiedenen Ebenen der Beschlussfassung hinreichend informiert werden; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass umfassendere Sensibilisierungskampagnen durchgeführt werden müssen, indem sich Kommunikationsdienste aktiv beteiligen, um dazu beizutragen, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr über ihr Petitionsrecht sowie über den Umfang der Zuständigkeiten der EU und die Kompetenzen des Petitionsausschusses wissen, und so dafür zu sorgen, dass weniger unzulässige Petitionen eingereicht werden;	2. weist erneut darauf hin, dass eine kontinuierliche öffentliche Debatte über die Tätigkeitsbereiche der EU wichtig ist, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger über den Umfang der Zuständigkeiten der EU und die verschiedenen Ebenen der Beschlussfassung hinreichend informiert werden; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass umfassendere Sensibilisierungskampagnen durchgeführt werden müssen, indem sich Kommunikationsdienste ***und das Europäische Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten*** aktiv beteiligen, um dazu beizutragen, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr über ihr Petitionsrecht sowie über den Umfang der Zuständigkeiten der EU und die Kompetenzen des Petitionsausschusses wissen, und so dafür zu sorgen, dass weniger unzulässige Petitionen eingereicht werden;

Or. en

Änderungsantrag 31
Jana Toom, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2a. nimmt den erheblichen Anteil unzulässiger Petitionen (29,55 %) zur Kenntnis und fordert die Einführung moderner automatisierter Assistenz-Tools auf dem Petitionsportal, damit in Echtzeit Empfehlungen abgegeben und mögliche Optionen zur Weiterleitung zu einschlägigen Beschwerdemechanismen bereitgestellt werden können; betont, wie

wichtig es ist, den Petenten klarere Erklärungen zu geben, wenn ihre Petitionen für unzulässig erklärt werden, und alternative Vorgehensweisen anzubieten;

Or. en

Änderungsantrag 32
Jana Toom, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 2 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2b. betont, dass die Wahrung der politischen und geografischen Ausgewogenheit bei der Behandlung von Petitionen von entscheidender Bedeutung ist; hebt hervor, dass die rechtzeitige und konstruktive Vermeidung inländischer Petitionen zusammen mit klaren Anweisungen für alternative Vorgehensweisen die Effizienz des Ausschusses verbessern und Petitionen als wichtiges Instrument für die direkte Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger auf die EU-Organe aufrechterhalten könnte;

Or. en

Änderungsantrag 33
Maria Zacharia

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. weist darauf hin, dass Petitionen für das Parlament und die anderen EU-Organe eine einzigartige Gelegenheit darstellen, unmittelbar mit den EU-Bürgerinnen und -Bürgern in Kontakt zu treten und einen	4. weist darauf hin, dass Petitionen für das Parlament und die anderen EU-Organe eine einzigartige Gelegenheit darstellen, unmittelbar mit den EU-Bürgerinnen und -Bürgern in Kontakt zu treten und einen

regelmäßigen Dialog mit ihnen zu führen, insbesondere in Fällen, in denen diese von der fehlerhaften Anwendung des EU-Rechts oder von Verstößen dagegen betroffen sind; betont, dass die EU-Organe und nationale, regionale und lokale Gebietskörperschaften bei Untersuchungen im Zusammenhang mit der Umsetzung und Einhaltung des EU-Rechts verstärkt zusammenarbeiten müssen; ist der Ansicht, dass eine solche Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung ist, um die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Anwendung des EU-Rechts anzugehen und auszuräumen, und dass diese Zusammenarbeit zur Stärkung der demokratischen Legitimität und Rechenschaftspflicht der EU beiträgt; fordert daher, dass sich die Vertreter der Mitgliedstaaten an Ausschusssitzungen beteiligen und dass ***zeitnahe*** und detailliert auf vom Petitionsausschuss an nationale Gebietskörperschaften übermittelte Ersuchen um Klarstellungen und Informationen reagiert wird;	regelmäßigen Dialog mit ihnen zu führen, insbesondere in Fällen, in denen diese von der fehlerhaften Anwendung des EU-Rechts oder von Verstößen dagegen betroffen sind; betont, dass die EU-Organe und nationale, regionale und lokale Gebietskörperschaften bei Untersuchungen im Zusammenhang mit der Umsetzung und Einhaltung des EU-Rechts verstärkt zusammenarbeiten müssen; ist der Ansicht, dass eine solche Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung ist, um die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Anwendung des EU-Rechts anzugehen und auszuräumen, und dass diese Zusammenarbeit zur Stärkung der demokratischen Legitimität und Rechenschaftspflicht der EU beiträgt; fordert daher, dass sich die Vertreter der Mitgliedstaaten an Ausschusssitzungen beteiligen und dass ***zeitnah*** und detailliert auf vom Petitionsausschuss an nationale Gebietskörperschaften übermittelte Ersuchen um Klarstellungen und Informationen reagiert wird; ***bedauert, dass die Mitgliedstaaten und die nationalen Behörden in vielen Fällen nicht auf die Schreiben des Petitionsausschusses reagieren, in denen sie um Erläuterungen oder Informationen zu Petitionen gebeten werden; fordert den Petitionsausschuss auf, in regelmäßigen Abständen, z. B. einmal jährlich, bekannt zu geben, auf wie viele Schreiben die Mitgliedstaaten nicht reagiert haben und welche Themen diese Petitionen zum Gegenstand hatten;***
	Or. el

Änderungsantrag 34
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

4a. hebt hervor, dass die Petenten das Recht haben, in transparenter Weise über die geltenden Vorschriften und Bedingungen informiert zu werden, die für die Kostenerstattung bei der persönlichen Teilnahme an Sitzungen des PETI-Ausschusses gelten; weist erneut darauf hin, dass die Teilnahme von Petenten an den Sitzungen des PETI-Ausschusses in Artikel 9 des Beschlusses des Präsidiums vom 24. Juni 2024 zur Festlegung einer Regelung für öffentliche Anhörungen geregelt ist und die einzige Anforderung für die Petenten darin besteht, dass ihr Herkunftsort innerhalb der Union liegt; weist darauf hin, dass eine Reihe von Petenten aufgefordert wurde, Informationen über ihre finanzielle Situation zur Verfügung zu stellen, um ihre Petitionen beim Ausschuss einreichen und eine Kostenerstattung erhalten zu können; bekräftigt, dass die Erwartungen der Petenten in Bezug auf ihre Gleichbehandlung und den Schutz ihres Rechts, dem Ausschuss ihre Petitionen vorzulegen und die Kosten gemäß Artikel 9 unabhängig von ihrer finanziellen Situation erstattet zu bekommen, erfüllt werden müssen, wobei die geltenden Vorschriften, auch in Bezug auf die Nichtoffenlegung sensibler personenbezogener Daten ohne rechtliche Grundlage, gewahrt werden müssen; betont, dass die Bereitstellung einer solchen Unterstützung dazu dient, bestehende Hindernisse zu beseitigen, für Transparenz zu sorgen, die Gerechtigkeit zu steigern und die Ausübung des Petitionsrechts zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 35
Sandra Gómez López, Joanna Scheuring-Wielgus, Annalisa Corrado, Isilda Gomes, Hana Jalloul Muro, Sandro Ruotolo, Alex Agius Saliba

Entschließungsantrag

Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. weist auf gelegentliche Situationen hin, in denen der Vorsitz des Ausschusses und die Koordinatoren der Fraktionen keine Beschlüsse fassen konnten, die auf einem Konsens beruhen und eine große Mehrheit des Petitionsausschusses widerspiegeln würden, was dazu führte, dass der Juristische Dienst des EP um ein Gutachten über die Anwendung der Geschäftsordnung in Bezug auf die Abstimmung über Petitionen, die in Ausschusssitzungen behandelt werden, wenn keine Einstimmigkeit vorliegt (im Januar 2023), und der Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO) um eine Auslegung des Begriffs der großen Mehrheit im Sinne der Geschäftsordnung (im Oktober 2023) ersucht wurden; bedauert den gelegentlichen Mangel an Klarheit in Bezug auf die Umsetzung der Geschäftsordnung des EP und der Leitlinien des PETI-Ausschusses bei der Durchführung von Sitzungen und Abstimmungen im Petitionsausschuss und fordert, dass in der laufenden Wahlperiode Lehren gezogen werden;

Or. en

Änderungsantrag 36
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. fordert die Kommission erneut auf, ***den Petitionsausschuss*** regelmäßig ***über den Stand der Vertragsverletzungsverfahren zu informieren und sicherzustellen***, dass der ***Ausschuss*** Zugang zu ***einschlägigen*** Informationen ***über***	6. fordert die Kommission erneut auf, ***die wichtigsten Kriterien, die ihrem strategischen Ansatz zur Durchsetzung des EU-Rechts zugrunde liegen und die*** regelmäßig ***in ihren Antworten auf Petitionen verwendet werden, rechtlich zu klären, etwa „grundsätzliche Bedenken“,***

Vertragsverletzungsverfahren, die aufgrund eingegangener Petitionen eingeleitet wurden, sowie zu Informationen über EU-Pilotverfahren erhält; ist der Ansicht, dass ***eine erhöhte*** Transparenz und regelmäßige Rückmeldungen über die Behandlung laufender Vertragsverletzungsverfahren durch die Kommission für die Weiterverfolgung noch nicht abgeschlossener Petitionen durch den Ausschuss vorteilhaft ***wäre***; begrüßt die jüngste Initiative der Kommission, Petitionen in die Suchfunktion des Registers über Vertragsverletzungsverfahren der Kommission aufzunehmen;

„systematische Verstöße gegen EU-Rechtsvorschriften“ und „schwerwiegende Auswirkungen auf die finanziellen Interessen der EU“; ist der festen Überzeugung, dass der ***Petitionsausschuss uneingeschränkten*** Zugang zu ***allen Dokumenten und detaillierte*** Informationen ***im Zusammenhang mit laufenden und abgeschlossenen EU-Pilot- und Vertragsverletzungsverfahren erhalten muss, die auf der Grundlage eingegangener Petitionen eingeleitet wurden***; ist der Ansicht, dass ***vollständige*** Transparenz und regelmäßige Rückmeldungen über die Behandlung laufender ***und abgeschlossener EU-Pilot- und*** Vertragsverletzungsverfahren durch die Kommission für die Weiterverfolgung noch nicht abgeschlossener Petitionen durch den Ausschuss vorteilhaft ***wären***; begrüßt die jüngste Initiative der Kommission, Petitionen in die Suchfunktion des Registers über Vertragsverletzungsverfahren der Kommission aufzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 37
Jana Toom, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. fordert die Kommission erneut auf, den Petitionsausschuss regelmäßig über den Stand der Vertragsverletzungsverfahren zu informieren und sicherzustellen, dass der Ausschuss Zugang zu einschlägigen Informationen über Vertragsverletzungsverfahren, die aufgrund eingegangener Petitionen eingeleitet wurden, sowie zu Informationen über EU-Pilotverfahren erhält; ist der Ansicht, dass	6. fordert die Kommission erneut auf, den Petitionsausschuss regelmäßig über den Stand der Vertragsverletzungsverfahren zu informieren und sicherzustellen, dass der Ausschuss Zugang zu einschlägigen Informationen über Vertragsverletzungsverfahren ***und Gesetzgebungsinitiativen***, die aufgrund eingegangener Petitionen eingeleitet wurden, sowie zu Informationen über EU-

eine erhöhte Transparenz und regelmäßige Rückmeldungen über die Behandlung laufender Vertragsverletzungsverfahren durch die Kommission für die Weiterverfolgung noch nicht abgeschlossener Petitionen durch den Ausschuss vorteilhaft wäre; begrüßt die jüngste Initiative der Kommission, Petitionen in die Suchfunktion des Registers über Vertragsverletzungsverfahren der Kommission aufzunehmen;	Pilotverfahren erhält; ist der Ansicht, dass eine erhöhte Transparenz und regelmäßige Rückmeldungen über die Behandlung laufender Vertragsverletzungsverfahren durch die Kommission für die Weiterverfolgung noch nicht abgeschlossener Petitionen durch den Ausschuss vorteilhaft wäre; begrüßt die jüngste Initiative der Kommission, Petitionen in die Suchfunktion des Registers über Vertragsverletzungsverfahren der Kommission aufzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 38
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. ist der Ansicht, dass das von der Kommission selbst gesetzte Ziel von zwölf Monaten, Vertragsverletzungsverfahren an den EuGH zu verweisen, falls eine Richtlinie in einem Mitgliedstaat weiterhin nicht umgesetzt wird, auf alle anderen Vertragsverletzungsverfahren ausgeweitet werden sollte, um ihren allgemeinen strategischen Ansatz für die Durchsetzung des EU-Rechts zu verbessern und so für eine wirksame und rasche Reaktion auf Verstöße gegen das EU-Recht zu sorgen, damit die Integrität des EU-Rechts gewahrt wird, irreversible sozioökonomische und ökologische Schäden verhindert werden und der dringenden Notwendigkeit genüge getan wird, dass Bürger und Unternehmen in der gesamten Union von den Vorteilen profitieren, die sich aus der korrekten und fristgerechten Anwendung des EU-Rechts ergeben;

Or. en

Änderungsantrag 39
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. betont, dass es für die Kommission von entscheidender Bedeutung ist, zeitnahe und proaktive Untersuchungen zu gut ausgearbeiteten Petitionen durchzuführen, um das Potenzial des Petitionsrechts voll auszuschöpfen, wobei besonderes Augenmerk auf die Petitionen zu legen ist, in denen auf Rechtsverletzungen aufmerksam gemacht wird, die eine große Zahl von EU-Bürgerinnen und -Bürgern und in der EU ansässigen Personen betreffen, sowie auf weitere Verstöße gegen das EU-Recht im Zusammenhang mit systemischen Mängeln, die im Rahmen laufender Vertragsverletzungsverfahren untersucht werden;

Or. en

Änderungsantrag 40
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Ziffer 6 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6b. hält die Art für beunruhigend, in der die Kommission Vertragsverletzungsverfahren bearbeitet, die gegen Mitgliedstaaten eingeleitet wurden, einschließlich der Verfahren im Zusammenhang mit Fragen, die in vielen Petitionen angesprochen werden; bedauert, dass die Kommission nicht bereit war, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die

Transparenz und Wirksamkeit ihrer Durchführung von Vertragsverletzungsverfahren, die nach wie vor äußerst undurchsichtig, langwierig und sogar im Widerspruch zu den Maßstäben der Kommission selbst stehen, erheblich zu verbessern, wie auch der Europäische Rechnungshof in seinem Sonderbericht mit dem Titel „Durchsetzung des EU-Rechts“ dargelegt hat; bedauert, dass die Kommission zahlreiche Vetragsverletzungsverfahren viele Jahre lang in der vorgerichtlichen Phase belässt, ohne dass der EuGH angerufen wird, obwohl die betroffenen Mitgliedstaaten es nach wie vor versäumen, die Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften zu beenden oder die Bestimmungen des EU-Rechts ordnungsgemäß in ihr jeweiliges nationales Rechtssystem umzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 41
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Ziffer 6 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6c. ist besorgt darüber, dass sich die Kommission bei der großen Mehrheit der eingegangenen Petitionen weigerte, Folgemaßnahmen zu ergreifen, und die Petenten auf die nationale Ebene zurückverwies, sodass diese keine andere Möglichkeit hatten, als mit langwierigen und kostspieligen Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren gegen die angeprangerten Verstöße gegen EU-Recht vorzugehen; bedauert, dass dies auch bei Petitionen der Fall war, in denen Verstöße gegen EU-Recht in Mitgliedstaaten angeprangert werden, in Bezug auf die die Kommission selbst über ernsthafte Probleme berichtet hat, durch

die die Unabhängigkeit, Qualität und Effizienz der dortigen Justiz untergraben wird;

Or. en

Änderungsantrag 42
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 6 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6b. bedauert, dass die Kommission es bei der überwiegenden Mehrheit der Petitionen ablehnt, tätig zu werden, und die Petenten auf die nationale Ebene, insbesondere an die nationalen Gerichte, zurückverweist, wodurch den Betroffenen keine andere Möglichkeit bleibt, als den Weg langwieriger und kostspieliger Verwaltungs- und Gerichtsverfahren zu beschreiten, auch in Fällen, die Mitgliedstaaten betreffen, in denen die Kommission bereits schwerwiegende Unzulänglichkeiten festgestellt hat, die die Unabhängigkeit, Qualität und Effizienz der dortigen Justiz untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 43
Ioan-Rareş Bogdan

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. fordert die Kommission auf, zu prüfen, ob die nationalen Gebietskörperschaften die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um auf die von Bürgerinnen und Bürgern in ihren Petitionen geäußerten Bedenken zu	7. fordert die Kommission auf, zu prüfen, ob die nationalen Gebietskörperschaften die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um auf die von Bürgerinnen und Bürgern in ihren Petitionen geäußerten Bedenken zu

reagieren, wenn Fälle von Verstößen gegen das EU-Recht auftreten, und gegebenenfalls Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten; ***ist der Ansicht***, dass ein ***zeitnahes*** Vorgehen der Kommission bei Verstößen gegen das EU-Recht von entscheidender Bedeutung ist, um zu verhindern, dass solche Verstöße einen systemischen Charakter erhalten;	reagieren, wenn Fälle von Verstößen gegen das EU-Recht auftreten, und gegebenenfalls Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten; ***betont***, dass ein ***rasches und proaktives*** Vorgehen der Kommission bei Verstößen gegen das EU-Recht von entscheidender Bedeutung ist, um zu verhindern, dass solche Verstöße***, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU-Organe untergraben könnten,*** einen systemischen Charakter erhalten;

Or. en

Änderungsantrag 44
Ioan-Rareş Bogdan

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. ***ist der Auffassung***, dass die Mitgliedstaaten und der Petitionsausschuss aktiver zusammenarbeiten ***sollten***, um Blockaden bei Petitionen zu beseitigen, die eine zügige Antwort und Reaktion der nationalen Gebietskörperschaften erfordern;	8. ***betont***, dass die Mitgliedstaaten und der Petitionsausschuss ***stärker und*** aktiver zusammenarbeiten ***müssen***, um Blockaden bei Petitionen zu beseitigen, die eine zügige Antwort und Reaktion der nationalen Gebietskörperschaften erfordern; ***betont, dass durch eine bessere Koordinierung und einen besseren Dialog ein effizienterer Umgang mit den Anliegen der Bürger erleichtert, unnötige Verzögerungen verhindert und die Wirksamkeit des Petitionsverfahrens erhöht würden;***

Or. en

Änderungsantrag 45
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. ist der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten und der Petitionsausschuss aktiver zusammenarbeiten sollten, um Blockaden bei Petitionen zu beseitigen, die eine zügige Antwort und Reaktion der nationalen Gebietskörperschaften erfordern;	8. ist der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten und der Petitionsausschuss aktiver zusammenarbeiten sollten, um Blockaden bei Petitionen zu beseitigen, die eine zügige Antwort und Reaktion der nationalen Gebietskörperschaften erfordern; ***bedauert die ausbleibenden Reaktionen der Mitgliedstaaten bzw. ihre verspäteten Reaktionen, bei denen es an echten Untersuchungen der Petitionen mangelt, wodurch die Wirksamkeit des Petitionsverfahrens untergraben und die rechtzeitige Lösung der von den Bürgerinnen und Bürgern aufgeworfenen Probleme behindert wird;***

Or. en

Änderungsantrag 46
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8a. ist der Ansicht, dass es von entscheidender Bedeutung ist, dass die nationalen Behörden voll und ganz verstehen, welche Folgen es hat, wenn sie in Petitionen behandelte Verstöße gegen das Unionsrecht nach ihrer Erörterung im Petitionsausschuss nicht beseitigen;

Or. en

Änderungsantrag 47
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 8 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

8b. schlägt vor, dass den Mitgliedstaaten eine Frist von sechs Monaten für die Reaktion auf Petitionen eingeräumt wird, damit ausreichend Zeit für eine gründliche Untersuchung und Prüfung der aufgeworfenen Fragen zur Verfügung steht und gleichzeitig die Qualität und Wirksamkeit der Folgemaßnahmen verbessert werden;

Or. en

Änderungsantrag 48
Mireia Borrás Pabón

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8a. verurteilt die Schikanen und Belästigungen aufs Schärfste, denen die offiziellen Mitglieder der Delegation des Petitionsausschusses während ihrer Informationsreise vom 18. bis 20. Dezember 2023 nach Barcelona ausgesetzt waren, die sie unternommen hatten, um vor Ort das Sprachimmersionsmodell in Katalonien, seine Auswirkungen auf Familien, die in die autonome Gemeinschaft ziehen und dort leben, sowie auf die Mehrsprachigkeit und Diskriminierungsfreiheit und den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit zu bewerten;

Or. es

Änderungsantrag 49
Mireia Borrás Pabón

Entschließungsantrag
Ziffer 8 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8b. verurteilt die Bestrebungen separatistischer Organisationen und Gruppen in Katalonien, Protestkundgebungen vor Privathäusern abzuhalten sowie Gewalt und Einschüchterung anzuwenden, mit denen der reibungslose Ablauf der Delegationsreise gestört werden sollte und die MdEP dazu gezwungen werden sollten, das Ergebnis der Delegationsreise so abzufassen, dass es diesen Organisationen und Gruppen zugutekommt;

Or. es

Änderungsantrag 50
Mireia Borrás Pabón

Entschließungsantrag
Ziffer 8 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8c. bedauert, dass die für Bildung zuständigen Behörden der Region die Empfehlungen, die der Petitionsausschuss in seinem Bericht vom 19. März 2024 über die Delegationsreise zum Schutz der sprachlichen Rechte von Schülern und ihren Familien abgegeben hat, nicht umgesetzt haben;

Or. es

Änderungsantrag 51
Sandra Gómez López, Isilda Gomes, Hana Jalloul Muro, Sandro Ruotolo, Annalisa Corrado, Joanna Scheuring-Wielgus, Alex Agius Saliba

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

11a. hebt den Beitrag des Petitionsausschusses zum strukturierten Dialog mit der Kommission im Rahmen des Zyklus im Zusammenhang mit ihrem jährlichen Arbeitsprogramm hervor und betont unter anderem, dass rasch auf einzelne Petitionen reagiert werden muss, dass die Bediensteten der Kommission eine klare, einfache und empathische Sprache verwenden müssen, wenn sie auf Anliegen der Petenten eingehen, und dass Diskriminierung in der Europäischen Union dringend bekämpft werden muss, wozu auch Initiativen zur Sicherstellung gleicher Rechte für gleichgeschlechtliche Paare und Regenbogenfamilien gehören; betont, dass die Diskriminierung in der Europäischen Union dringend bekämpft werden muss, wozu auch Initiativen zur Sicherstellung gleicher Rechte für gleichgeschlechtliche Paare und vielfältige Familien gehören; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen zur Bekämpfung aller Formen der Diskriminierung, einschließlich Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, einer Behinderung und der Religion, zu verstärken; fordert darüber hinaus eine detaillierte Weiterverfolgung von Petitionen, in denen Fälle von Diskriminierung gemeldet werden, und eine Verbesserung der Durchsetzung der Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Diskriminierung in der gesamten EU;

Or. en

Änderungsantrag 52
Jana Toom, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. ***betont***, dass die Zahl der Petitionen, die zu Angelegenheiten im Zusammenhang	14. ***hebt hervor***, dass die Zahl der Petitionen, die zu Angelegenheiten im

mit den Außenbeziehungen eingereicht wurden, im Vergleich zu 2022 leicht zurückgegangen ist; stellt fest, dass dies möglicherweise auf den neuen geopolitischen Kontext im Jahr 2023 zurückzuführen ist, insbesondere auf den Rückgang der Petitionen zum Krieg in der Ukraine und den erheblichen Anstieg der Petitionen zu den neuen Konflikten im Nahen Osten; stellt fest, dass der Petitionsausschuss die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit Sanktionen, Sicherheit, Konfliktlösung, Visumpolitik und den Fortschritten der EU-Bewerberländer aufgegriffen hat, indem er mehrere Petitionen auf die Tagesordnung gesetzt hat, die sich vor allem mit der Lage von Flüchtlingen, im Speziellen von Kindern und venezolanischen Flüchtlingen in der EU, befassen;	Zusammenhang mit den Außenbeziehungen eingereicht wurden, im Vergleich zu 2022 leicht zurückgegangen ist; stellt fest, dass dies möglicherweise auf den neuen geopolitischen Kontext im Jahr 2023 zurückzuführen ist, insbesondere auf den Rückgang der Petitionen zum Krieg in der Ukraine und den erheblichen Anstieg der Petitionen zu den neuen Konflikten im Nahen Osten; stellt fest, dass der Petitionsausschuss die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ***unter anderem*** im Zusammenhang mit Sanktionen, Sicherheit, Konfliktlösung, Visumpolitik und den Fortschritten der EU-Bewerberländer aufgegriffen hat, indem er mehrere Petitionen auf die Tagesordnung gesetzt hat, die sich vor allem mit der Lage von Flüchtlingen, im Speziellen von Kindern und venezolanischen Flüchtlingen in der EU, befassen; ***nimmt die Bemühungen der Ausschüsse zur Kenntnis, die sich bereits aktiv mit diesen Themen befassen, und betont, dass der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres diese Petitionen bei ihren Beratungen berücksichtigen sollten;***

Or. en

Änderungsantrag 53
Sandra Gómez López, Sandro Ruotolo, Annalisa Corrado, Joanna Scheuring-Wielgus, Alex Agius Saliba, Hana Jalloul Muro, Isilda Gomes

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass die Zahl der Petitionen, die zu Angelegenheiten im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen eingereicht wurden, im Vergleich zu 2022 leicht zurückgegangen ist; stellt fest, dass dies möglicherweise auf den neuen geopolitischen Kontext im Jahr 2023	14. betont, dass die Zahl der Petitionen, die zu Angelegenheiten im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen eingereicht wurden, im Vergleich zu 2022 leicht zurückgegangen ist; stellt fest, dass dies möglicherweise auf den neuen geopolitischen Kontext im Jahr 2023

zurückzuführen ist, insbesondere auf den Rückgang der Petitionen zum Krieg in der Ukraine und den erheblichen Anstieg der Petitionen zu den neuen Konflikten im Nahen Osten; stellt fest, dass der Petitionsausschuss die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit Sanktionen, Sicherheit, Konfliktlösung, Visumpolitik und den Fortschritten der EU-Bewerberländer aufgegriffen hat, indem er mehrere Petitionen auf die Tagesordnung gesetzt hat, die sich vor allem mit der Lage von Flüchtlingen, im Speziellen von Kindern und venezolanischen Flüchtlingen in der EU, befassen;

zurückzuführen ist, insbesondere auf den Rückgang der Petitionen zum Krieg in der Ukraine und den erheblichen Anstieg der Petitionen zu den neuen Konflikten im Nahen Osten; ***bedauert, dass alle Petitionen zur Lage im Gazastreifen durch Beschluss der rechten Mehrheit der Mitglieder der Fraktionen abgeschlossen wurden, ohne den Petenten die Möglichkeit zu geben, ihre Petitionen in einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses zu erläutern, obwohl der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) erklärt hat, dass es bei vernünftiger Betrachtung Gründe für die Vermutung gibt, dass die israelische Führung Verbrechen begangen hat, darunter Aushungern, Mord, gezielte Angriffe auf Zivilisten und Verfolgung, und dass die Anführer der Hamas Verbrechen wie Vernichtung, Mord und Geiselnahme begangen haben, was den IStGH später dazu veranlasste, einen internationalen Haftbefehl gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu, den ehemaligen Verteidigungsminister Yoaw Gallant und den ehemaligen Hamas-Befehlshaber zu erlassen, wobei er Vorwürfe von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit anführte;*** stellt fest, dass der Petitionsausschuss die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ***unter anderem*** im Zusammenhang mit Sanktionen, Sicherheit, Konfliktlösung, Visumpolitik und den Fortschritten der EU-Bewerberländer aufgegriffen hat, indem er mehrere Petitionen auf die Tagesordnung gesetzt hat, die sich vor allem mit der Lage von Flüchtlingen, im Speziellen von Kindern und venezolanischen Flüchtlingen in der EU, befassen; ***bedauert, dass es keine öffentliche Debatte über Petitionen zu internationalen Konflikten gibt, und fordert, dass alle in diesem Bereich eingegangenen Petitionen mit der erforderlichen Transparenz und Unparteilichkeit bearbeitet werden; fordert nachdrücklich, dass***

Entscheidungen über die Zulässigkeit, Bearbeitung und Weiterbehandlung von Petitionen zu außenpolitischen Angelegenheiten objektiv und auf der Grundlage klarer Kriterien getroffen werden, um Politisierung oder parteiische Blockaden zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 54
Mireia Borrás Pabón

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. verweist auf die Vielzahl der eingereichten und erörterten Petitionen, die sich mit ***den Bedenken der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich*** der Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen einigen Mitgliedstaaten ***befassen und die Problematik der Einschränkung des freien Personenverkehrs innerhalb der EU sowie andere Aspekte wie die Vorzüge*** und Schwierigkeiten bei der Erweiterung des Schengen-Raums ***und die Kosten der Abkehr von Schengen aufgreifen***; nimmt in diesem Zusammenhang zur Kenntnis, dass der Petitionsausschuss am 27. Juni 2023 einen kurzen Entschließungsantrag zum Beitritt zum Schengen-Raum angenommen und ***eine öffentliche Anhörung zu dem Thema „Schengen-Grenzen“ veranstaltet hat und dass Fragen zu diesen Themen*** am 18. Juli 2023 ***von Petenten*** gemeinsam mit dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ***aufgeworfen wurden***;	16. verweist auf die Vielzahl der eingereichten und erörterten Petitionen, die sich mit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen einigen Mitgliedstaaten ***und mit den Vorzügen*** und Schwierigkeiten bei der Erweiterung des Schengen-Raums ***befassen***; nimmt in diesem Zusammenhang zur Kenntnis, dass der Petitionsausschuss am 27. Juni 2023 einen kurzen Entschließungsantrag zum Beitritt zum Schengen-Raum angenommen und am 18. Juli 2023 gemeinsam mit dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ***eine öffentliche Anhörung zu dem Thema „Grenzen im Schengen-Raum – von Petenten angesprochene Fragen“ veranstaltet hat***;

Or. es

Änderungsantrag 55
Adrian-George Axinia, Georgiana Teodorescu, Gheorghe Piperea, Claudiu-Richard

Târziu, Şerban Dimitrie Sturdza, Paolo Inselvini, Kosma Złotowski, Chiara Gemma, Ivaylo Valchev, Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. betont, dass es eine diskriminierende Entscheidung ohne rechtliche Begründung ist, wenn Mitgliedstaaten dem Schengen-Raum nicht beitreten dürfen, obwohl sie die technischen Anforderungen erfüllen, und dies schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaft und die vier Grundfreiheiten des EU-Binnenmarkts, d. h. den freien Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr hat;

Or. en

Änderungsantrag 56
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. würdigt die Vielzahl von Tätigkeiten des Petitionsausschusses und die in diesem Zusammenhang angenommene Entschließung des Parlaments, in der es die Erweiterung des Schengen-Raums auf Rumänien und Bulgarien nachdrücklich unterstützt, da diese Länder bereits seit vielen Jahren nachweisen, dass sie die notwendigen Kriterien erfüllen, den Schengen-Verpflichtungen ordnungsgemäß nachkommen und bereits einen positiven Beitrag zum Schengen-Raum leisten; begrüßt, dass der Rat einstimmig beschlossen hat, dass beide Länder am 1. Januar 2025 dem Schengen-Raum beitreten;

Or. en

Änderungsantrag 57
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. würdigt die wichtige Rolle des PETI-Ausschusses bei der Bekämpfung der Diskriminierung rumänischer und bulgarischer Bürgerinnen und Bürger in der Zeit, bevor ihre Länder in den Schengen-Raum aufgenommen wurden; betont, dass die Bemühungen des PETI-Ausschusses, sich für Gleichbehandlung einzusetzen und die ungerechtfertigten Hindernisse zu beseitigen, mit denen diese Bürgerinnen und Bürger konfrontiert waren, für die Förderung von Fairness und Solidarität innerhalb der Europäischen Union von unschätzbarem Wert sind; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass im PETI-Ausschuss eine Aussprache über die Petition Nr. 0004/2023 geführt wurde, die von Răzvan Eugen Nicolescu im Namen der „Asociația pentru Energie Curată și Combaterea Schimbărilor Climatice“ eingereicht wurde, und anschließend gemäß Artikel 227 Absatz 2 der Geschäftsordnung im Plenum eine Entschließung zum Beitritt zum Schengen-Raum angenommen wurde;

Or. en

Änderungsantrag 58
Mireia Borrás Pabón

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. nimmt den plötzlichen Anstieg der Petitionen aus Spanien zur Kenntnis, die im zweiten Halbjahr 2023 zu Risiken für die Rechtsstaatlichkeit in Spanien eingereicht wurden, nachdem die spanische Regierung ihre Absicht bekundet hat, ein Amnestiegesetz zu erlassen, das gegen die verfassungsmäßige und die europäische Ordnung verstößt;

Or. es

Änderungsantrag 59
Pál Szekeres

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. betont die Arbeit des Petitionsausschusses im Zusammenhang mit Petitionen, die sich auf gemeinsame Vorschriften zur Festlegung von Einheitsmaßen für Handgepäck beziehen, was deutlich gemacht hat, dass die Bürgerinnen und Bürger besorgt über die durch uneinheitliche Fluggepäckvorschriften entstehenden Unannehmlichkeiten und ***verstecken*** Kosten sind; betont seine Forderung, bei der Überarbeitung der EU-Rechtsvorschriften für Luftverkehrsdienste ***einschlägige Urteile*** des Europäischen Gerichtshofs ***zu berücksichtigen***; verweist in diesem Zusammenhang auf den vom Petitionsausschuss am 20. September 2023 angenommenen kurzen Entschließungsantrag zu Standardmaßen für Handgepäck, gefolgt von der Annahme einer Entschließung im Wege einer einzigen Abstimmung durch das Europäische Parlament am 4. Oktober 2023; begrüßt, dass die Kommission im November 2023 eine Überprüfung des	17. betont die Arbeit des Petitionsausschusses im Zusammenhang mit Petitionen, die sich auf gemeinsame Vorschriften zur Festlegung von Einheitsmaßen für Handgepäck beziehen, was deutlich gemacht hat, dass die Bürgerinnen und Bürger besorgt über die durch uneinheitliche Fluggepäckvorschriften entstehenden Unannehmlichkeiten und ***versteckten*** Kosten sind; betont seine Forderung, ***dass*** bei der Überarbeitung der EU-Rechtsvorschriften für Luftverkehrsdienste ***ein einschlägiges Urteil*** des Europäischen Gerichtshofs ***berücksichtigt wird***; verweist in diesem Zusammenhang auf den vom Petitionsausschuss am 20. September 2023 angenommenen kurzen Entschließungsantrag zu Standardmaßen für Handgepäck, gefolgt von der Annahme einer Entschließung im Wege einer einzigen Abstimmung durch das Europäische Parlament am 4. Oktober 2023; begrüßt, dass die Kommission im November 2023 eine Überprüfung des

Rahmens für ***Fahrgastrechte*** und eine Reihe von Vorschlägen zur Steigerung der Zufriedenheit von Fluggästen und Reisenden vorgelegt hat, darunter Vorgaben für eine begrenzte Anzahl an gemeinsamen Gepäckgrößen und -gewichten, um Unklarheiten zu vermeiden***:***;

Rahmens für ***Fahr- und Fluggastrechte*** und eine Reihe von Vorschlägen zur Steigerung der Zufriedenheit von Fluggästen und Reisenden vorgelegt hat, darunter Vorgaben für eine begrenzte Anzahl an gemeinsamen Gepäckgrößen und -gewichten, um Unklarheiten zu vermeiden***; stellt mit Bedauern fest, dass Fahrgäste mit Behinderungen bei Reisen und insbesondere bei multimodalen Reisen immer noch mit zu vielen Hindernissen konfrontiert sind; stellt fest, dass bedauerlicherweise auch die öffentlichen Verkehrsmittel vieler Mitgliedstaaten nicht den Anforderungen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen entsprechen***;

Or. en

Änderungsantrag 60
Mireia Borrás Pabón

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. stellt fest, dass Umweltfragen auch im Jahr 2023 weiterhin ein Bereich waren, in dem die Petenten ernsthafte Bedenken äußerten, da es in über 21 % der Petitionen um Umweltthemen ging; ***bedauert, dass in einigen dieser Petitionen die fehlerhafte Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften durch die Mitgliedstaaten beanstandet wird und gegen einige Mitgliedstaaten bereits Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstoßes gegen das EU-Umweltrecht laufen;*** stellt fest, dass zahlreiche Petitionen Beschwerden über die Luftqualität, Lärmbelästigung, Abfallbewirtschaftung und -behandlung, die Verschlechterung des Zustands natürlicher Ökosysteme sowie Verstöße gegen die Habitat-Richtlinie in verschiedenen Mitgliedstaaten enthalten;	18. stellt fest, dass Umweltfragen auch im Jahr 2023 weiterhin ein Bereich waren, in dem die Petenten ernsthafte Bedenken äußerten, da es in über 21 % der Petitionen um Umweltthemen ging; stellt fest, dass zahlreiche Petitionen Beschwerden über die Luftqualität, Lärmbelästigung, Abfallbewirtschaftung und -behandlung, ***über*** die Verschlechterung des Zustands natürlicher Ökosysteme sowie ***über*** Verstöße gegen die Habitat-Richtlinie in verschiedenen Mitgliedstaaten enthalten; hebt die am 24. Mai 2023 veranstaltete öffentliche Anhörung zum Stand der Umsetzung der Habitat-Richtlinie hervor;

hebt die am 24. Mai 2023 veranstaltete öffentliche Anhörung zum Stand der Umsetzung der Habitat-Richtlinie hervor; ***nimmt die Arbeit des Petitionsausschusses im Jahr 2023 zu den Auswirkungen des Klimawandels auf verschiedene Bereiche, nicht nur auf die Umwelt, sondern auch auf die Landnutzung, zur Kenntnis, was dazu geführt hat, dass eine Reihe von Petitionen zu diesen Themen auf die Tagesordnung gesetzt wurde; verweist auf den am 22. März 2023 veranstalteten Workshop zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die soziale Sicherheit und die am stärksten gefährdeten Gruppen sowie auf die am 18. Juli 2023 veranstaltete Vorstellung der Studie zur Entschädigung für Opfer von Klimakatastrophen;***

Or. es

Änderungsantrag 61
Jana Toom, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. stellt fest, dass Umweltfragen auch im Jahr 2023 weiterhin ein Bereich waren, in dem die Petenten ernsthafte Bedenken äußerten, da es in über 21 % der Petitionen um Umweltthemen ging; bedauert, dass in einigen dieser Petitionen die fehlerhafte Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften durch die Mitgliedstaaten beanstandet wird und gegen einige Mitgliedstaaten bereits Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstoßes gegen das EU-Umweltrecht laufen; stellt fest, dass zahlreiche Petitionen Beschwerden über die Luftqualität, Lärmbelästigung, Abfallbewirtschaftung und -behandlung, die Verschlechterung des Zustands natürlicher Ökosysteme sowie Verstöße gegen die Habitat-Richtlinie in	18. stellt fest, dass Umweltfragen auch im Jahr 2023 weiterhin ein Bereich waren, in dem die Petenten ernsthafte Bedenken äußerten, da es in über 21 % der Petitionen um Umweltthemen ging; bedauert, dass in einigen dieser Petitionen die fehlerhafte Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften durch die Mitgliedstaaten beanstandet wird und gegen einige Mitgliedstaaten bereits Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstoßes gegen das EU-Umweltrecht laufen; stellt fest, dass zahlreiche Petitionen Beschwerden über die Luftqualität, Lärmbelästigung, Abfallbewirtschaftung und -behandlung, die Verschlechterung des Zustands natürlicher Ökosysteme sowie Verstöße gegen die Habitat-Richtlinie in

verschiedenen Mitgliedstaaten enthalten; hebt die am 24. Mai 2023 veranstaltete öffentliche Anhörung zum Stand der Umsetzung der Habitat-Richtlinie hervor; nimmt die Arbeit des Petitionsausschusses im Jahr 2023 zu den Auswirkungen des Klimawandels auf verschiedene Bereiche, nicht nur auf die Umwelt, sondern auch auf die Landnutzung, zur Kenntnis, was dazu geführt hat, dass eine Reihe von Petitionen zu diesen Themen auf die Tagesordnung gesetzt wurde; verweist auf den am 22. März 2023 veranstalteten Workshop zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die soziale Sicherheit und die am stärksten gefährdeten Gruppen sowie auf die am 18. Juli 2023 veranstaltete Vorstellung der Studie zur Entschädigung für Opfer von Klimakatastrophen;

verschiedenen Mitgliedstaaten enthalten; hebt die am 24. Mai 2023 veranstaltete öffentliche Anhörung zum Stand der Umsetzung der Habitat-Richtlinie hervor; nimmt die Arbeit des Petitionsausschusses im Jahr 2023 zu den Auswirkungen des Klimawandels auf verschiedene Bereiche, nicht nur auf die Umwelt, sondern auch auf die Landnutzung, zur Kenntnis, was dazu geführt hat, dass eine Reihe von Petitionen zu diesen Themen auf die Tagesordnung gesetzt wurde; verweist auf den am 22. März 2023 veranstalteten Workshop zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die soziale Sicherheit und die am stärksten gefährdeten Gruppen sowie auf die am 18. Juli 2023 veranstaltete Vorstellung der Studie zur Entschädigung für Opfer von Klimakatastrophen; ***fordert die Kommission nachdrücklich auf, zusammen mit den Mitgliedstaaten für die korrekte Umsetzung des EU-Rechts im Umweltbereich zu sorgen; fordert die Kommission auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, wenn die Verstöße gegen das EU-Recht im Umweltbereich fortbestehen;***

Or. en

Änderungsantrag 62
Mireia Borrás Pabón

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. weist darauf hin, dass zudem Petitionen zum Schutz der Rechte von Männern und Frauen, gegen die Sexualstraftaten verübt wurden, eingegangen sind; hebt diesbezüglich die wichtige Rolle des Petitionsausschusses hervor, wenn es darum geht, die Rechte von Opfern von Sexualstraftaten zu schützen, wenn die Täter aufgrund des Erlasses des spanischen Gesetzes „Sólo sí

es sí“ (Nur Ja bedeutet Ja) verhaftet oder ihre Strafen herabgesetzt wurden;

Or. es

Änderungsantrag 63
Sandra Gómez López, Sandro Ruotolo, Annalisa Corrado, Joanna Scheuring-Wielgus, Alex Agius Saliba, Hana Jalloul Muro, Isilda Gomes

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. betont, dass es wichtig ist, die Erwartungen der EU-Bürgerinnen und -Bürger in Bezug auf den Umweltschutz zu erfüllen, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, zusammen mit den Mitgliedstaaten die korrekte Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften im Bereich der Umwelt sicherzustellen;	20. betont, dass es wichtig ist, die Erwartungen der EU-Bürgerinnen und -Bürger in Bezug auf den Umweltschutz zu erfüllen, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, zusammen mit den Mitgliedstaaten die korrekte Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften im Bereich der Umwelt sicherzustellen; ***betont, dass in Petitionen zu Umweltfragen die wachsende Besorgnis der Öffentlichkeit über die Klimakrise zum Ausdruck kommt, und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, für eine strikte Durchsetzung der EU-Umweltvorschriften zu sorgen und einen gerechten grünen Wandel wichtig zu nehmen; erachtet es als dringend geboten, den Bürgerinnen und Bürgern in Umweltangelegenheiten zuzuhören und die Sanktionen gegen Mitgliedstaaten, die die Umweltvorschriften der EU nicht einhalten, zu verschärfen;***

Or. en

Änderungsantrag 64
Adrian-George Axinia, Georgiana Teodorescu, Gheorghe Piperea, Claudiu-Richard Târziu, Şerban Dimitrie Sturdza, Paolo Inselvini, Kosma Złotowski, Chiara Gemma, Ivaylo Valchev, Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. betont, dass ***es wichtig ist, die*** Erwartungen der EU-Bürgerinnen und -Bürger in Bezug auf den Umweltschutz ***zu erfüllen, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, zusammen mit den Mitgliedstaaten die korrekte Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften im Bereich der Umwelt sicherzustellen***;	20. betont, dass ***die Erfüllung der*** Erwartungen der EU-Bürgerinnen und -Bürger in Bezug auf den Umweltschutz ***ebenso wichtig wie die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Gegebenheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten sein sollte; stellt fest, dass sich der übermäßige Erlass von Vorschriften negativ auf die Schwellenländer auswirkt; stellt fest, dass es daher jedem Mitgliedstaat gestattet sein sollte, über seinen Übergangsprozess und das Tempo der Umsetzung von Umweltvorschriften selbst zu entscheiden, sofern diese die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit nicht beeinträchtigen***;

Or. en

Änderungsantrag 65
Pál Szekeres

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. betont, dass es wichtig ist, die Erwartungen der EU-Bürgerinnen und -Bürger in Bezug auf den Umweltschutz zu erfüllen, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, zusammen mit den Mitgliedstaaten die korrekte Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften ***im Bereich der*** Umwelt sicherzustellen;	20. betont, dass es wichtig ist, die Erwartungen der EU-Bürgerinnen und -Bürger in Bezug auf den Umweltschutz zu erfüllen, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, zusammen mit den Mitgliedstaaten die korrekte Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften ***in den Bereichen*** Umwelt ***und illegaler Holzeinschlag*** sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 66
Pál Szekeres

Entschließungsantrag

Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. nimmt die positiven Auswirkungen des Informationsbesuchs in Rumänien vom 15. bis 18. Mai 2023 auf die Verwaltung und den Schutz der Braunbärenpopulation zur Kenntnis, stellt jedoch mit Bedauern fest, dass sich immer noch zu viele tödliche Unfälle ereignen, die durch Braunbären im Zusammenhang mit Menschen und Nutztieren verursacht werden, weshalb eine weitere Überwachung und Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden erforderlich ist;

Or. en

Änderungsantrag 67
Adrian-George Axinia, Georgiana Teodorescu, Gheorghe Piperea, Claudiu-Richard Târziu, Şerban Dimitrie Sturdza, Paolo Inselvini, Kosma Złotowski, Chiara Gemma, Ivaylo Valchev, Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. betont im Anschluss an den Informationsbesuch in Rumänien, dass ein Gleichgewicht zwischen dem Schutz wild lebender Tiere und der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gefunden werden muss; betont, dass es jedem Mitgliedstaat gestattet sein sollte, Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich der Populationskontrolle in Bezug auf die Art, um Bedrohungen für das Leben und das Eigentum seiner Bürgerinnen und Bürger abzuwenden;

Or. en

Änderungsantrag 68

Pál Szekeres

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. hebt den wichtigen Beitrag hervor, den der Petitionsausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen geleistet hat, was dadurch deutlich ***gemacht wird, dass es*** einige Petitionen zu diesem heiklen Thema bearbeitet hat; verweist auf den am 29. November 2023 vom Petitionsausschuss veranstalteten jährlichen Workshop über die Rechte von Menschen mit Behinderungen; weist darauf hin, dass im ersten Teil untersucht wurde, wie Menschen mit Behinderungen mit den jüngsten Krisen (Energiepreise, Krieg, hohe Inflation) umgegangen sind und wie die Maßnahmen der EU zur Bewältigung dieser Herausforderungen beigetragen haben, während im zweiten Teil untersucht wurde, wie die EU-Organe eine inklusive Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern mit Behinderungen entwickelt haben; betont außerdem in diesem Zusammenhang, dass der Ausschuss am 29. November 2023 eine Stellungnahme in Form eines Schreibens zur Einführung des Europäischen Behindertenausweises und des Europäischen Parkausweises für Menschen mit Behinderungen angenommen hat;	21. hebt den wichtigen Beitrag hervor, den der Petitionsausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen geleistet hat, was dadurch deutlich ***wird, dass er*** einige Petitionen zu diesem heiklen Thema bearbeitet hat; verweist auf den am 29. November 2023 vom Petitionsausschuss veranstalteten jährlichen Workshop über die Rechte von Menschen mit Behinderungen; weist darauf hin, dass im ersten Teil untersucht wurde, wie Menschen mit Behinderungen mit den jüngsten Krisen (Energiepreise, Krieg, hohe Inflation) umgegangen sind und wie die Maßnahmen der EU zur Bewältigung dieser Herausforderungen beigetragen haben, während im zweiten Teil untersucht wurde, wie die EU-Organe eine inklusive Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern mit Behinderungen entwickelt haben***; nimmt in diesem Zusammenhang die Bemühungen der Dienststellen des Europäischen Parlaments zur Kenntnis und stellt fest, dass nicht nur die beste technische, sondern auch die für gehörlose Bürgerinnen und Bürger am besten zugängliche Lösung gefunden werden muss, um mit ihnen in ihrer Muttersprache und in den nationalen Gebärdensprachen zu kommunizieren; fordert, dass die Geschäftsordnung in enger Zusammenarbeit mit dem AFCO-Ausschuss dahingehend geändert wird, dass mit gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern nicht länger schriftlich kommuniziert wird***; betont außerdem in diesem Zusammenhang, dass der Ausschuss am 29. November 2023 eine Stellungnahme in Form eines Schreibens zur Einführung des Europäischen Behindertenausweises und des Europäischen Parkausweises für Menschen

mit Behinderungen angenommen hat;

Or. en

Änderungsantrag 69
Jana Toom, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. hebt den wichtigen Beitrag hervor, den der Petitionsausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen geleistet hat, was dadurch deutlich ***gemacht wird, dass es*** einige Petitionen zu diesem heiklen Thema bearbeitet hat; verweist auf den am 29. November 2023 vom Petitionsausschuss veranstalteten jährlichen Workshop über die Rechte von Menschen mit Behinderungen; weist darauf hin, dass im ersten Teil untersucht wurde, wie Menschen mit Behinderungen mit den jüngsten Krisen (Energiepreise, Krieg, hohe Inflation) umgegangen sind und wie die Maßnahmen der EU zur Bewältigung dieser Herausforderungen beigetragen haben, während im zweiten Teil untersucht wurde, wie die EU-Organe eine inklusive Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern mit Behinderungen entwickelt haben; betont außerdem in diesem Zusammenhang, dass der Ausschuss am 29. November 2023 eine Stellungnahme in Form eines Schreibens zur Einführung des Europäischen Behindertenausweises und des Europäischen Parkausweises für Menschen mit Behinderungen angenommen hat;	21. hebt den wichtigen Beitrag hervor, den der Petitionsausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen geleistet hat, was dadurch deutlich ***wird, dass er*** einige Petitionen zu diesem heiklen Thema bearbeitet hat; verweist auf den am 29. November 2023 vom Petitionsausschuss veranstalteten jährlichen Workshop über die Rechte von Menschen mit Behinderungen; weist darauf hin, dass im ersten Teil untersucht wurde, wie Menschen mit Behinderungen mit den jüngsten Krisen (Energiepreise, Krieg, hohe Inflation) umgegangen sind und wie die Maßnahmen der EU zur Bewältigung dieser Herausforderungen beigetragen haben, während im zweiten Teil untersucht wurde, wie die EU-Organe eine inklusive Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern mit Behinderungen entwickelt haben; betont außerdem in diesem Zusammenhang, dass der Ausschuss am 29. November 2023 eine Stellungnahme in Form eines Schreibens zur Einführung des Europäischen Behindertenausweises und des Europäischen Parkausweises für Menschen mit Behinderungen angenommen hat; ***weist darauf hin, dass die Kommission sich mit den Fällen befassen sollte, in denen die nationalen Behörden sich weigern, den Anspruch von Menschen mit Behinderungen auf Sozialleistungen anzuerkennen, wodurch diesen die notwendigen Mittel zur Deckung ihrer***

Grundbedürfnisse fehlen;

Or. en

Änderungsantrag 70
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass der Petitionsausschuss innerhalb der EU ***im Rahmen des Übereinkommens*** der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen eine besondere Schutzfunktion hat***;*** weist auf die wichtige laufende Arbeit des Ausschusses ***im Zusammenhang mit*** Petitionen ***zu*** Fragen im ***Bereich*** Behinderungen ***hin***; stellt fest, dass die Zahl der Petitionen zu Behinderungen im Jahr 2023 im Vergleich zu den Vorjahren, insbesondere 2022, leicht zurückgegangen ist, betont jedoch, dass sich die Zahl gegenüber 2021 fast verdoppelt hat; stellt fest, dass Diskriminierung ***und*** der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und Beschäftigung weiterhin ***zu den wichtigsten*** Herausforderungen ***gehören***, mit denen Menschen mit Behinderungen konfrontiert sind***; weist darauf hin***, dass der ***Petitionsausschuss*** der Forderung, die Rechte von Menschen mit Autismus im europäischen Behindertenrecht anzuerkennen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat; begrüßt die Annahme eines kurzen Entschließungsantrags zur Harmonisierung der Rechte von Menschen mit Autismus, in ***dem*** betont wird, dass der Zugang zu Diagnose, Gesundheitsversorgung, Bildung ***und*** Beschäftigung sowie die Barrierefreiheit und die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen ***verbessert werden müssen, einschließlich der Rechtsfähigkeit und lebenslanger*** Unterstützung in der	22. betont, dass der Petitionsausschuss innerhalb der EU ***insbesondere im Zusammenhang mit dem Übereinkommen*** der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen eine besondere Schutzfunktion hat***, und*** weist auf die wichtige laufende Arbeit des Ausschusses ***zu*** Petitionen ***hin, die*** Fragen im ***Zusammenhang mit*** Behinderungen ***betreffen***; stellt fest, dass die Zahl der Petitionen zu Behinderungen im Jahr 2023 im Vergleich zu den Vorjahren, insbesondere 2022, leicht zurückgegangen ist, betont jedoch, dass sich die Zahl gegenüber 2021 fast verdoppelt hat; stellt ***ferner*** fest, dass Diskriminierung***,*** der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und Beschäftigung weiterhin ***große*** Herausforderungen ***sind***, mit denen Menschen mit Behinderungen konfrontiert sind***, und betont***, dass der ***Ausschuss*** der Forderung, die Rechte von Menschen mit Autismus im europäischen Behindertenrecht anzuerkennen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat; begrüßt die Annahme eines kurzen Entschließungsantrags zur Harmonisierung der Rechte von Menschen mit Autismus, in ***der insbesondere*** betont wird, dass der Zugang zu Diagnose, Gesundheitsversorgung, Bildung***,*** Beschäftigung sowie die Barrierefreiheit und die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen***, die Möglichkeit zur Ausübung der Geschäftsfähigkeit und die lebenslange*** Unterstützung in der

Gemeinschaft, in der Kultur und im Sport;	Gemeinschaft, ***auch*** in der Kultur und im Sport***, verbessert werden müssen; weist ferner darauf hin, dass dem Petitionsausschuss besondere Bedeutung bei der Wahrung der Rechte von Kindern und Eltern zukommt, und nimmt die zahlreichen dringenden Petitionen zur Kenntnis, die zu den Rechten des Kindes eingegangen sind und besondere Aufmerksamkeit und ein besonderes Vorgehen erfordern***;

Or. en

Änderungsantrag 71
Sandra Gómez López, Annalisa Corrado, Joanna Scheuring-Wielgus, Alex Agius Saliba, Hana Jalloul Muro, Isilda Gomes, Sandro Ruotolo

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass der Petitionsausschuss innerhalb der EU im Rahmen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen eine besondere Schutzfunktion hat; weist auf die wichtige laufende Arbeit des Ausschusses im Zusammenhang mit Petitionen zu Fragen im Bereich Behinderungen hin; stellt fest, dass die Zahl der Petitionen zu Behinderungen im Jahr 2023 im Vergleich zu den Vorjahren, insbesondere 2022, leicht zurückgegangen ist, betont jedoch, dass sich die Zahl gegenüber 2021 fast verdoppelt hat; stellt fest, dass Diskriminierung und der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und Beschäftigung weiterhin zu den wichtigsten Herausforderungen gehören, mit denen Menschen mit Behinderungen konfrontiert sind; weist darauf hin, dass der Petitionsausschuss der Forderung, die Rechte von Menschen mit Autismus im europäischen Behindertenrecht anzuerkennen, besondere Aufmerksamkeit	22. betont, dass der Petitionsausschuss innerhalb der EU im Rahmen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen eine besondere Schutzfunktion hat; weist auf die wichtige laufende Arbeit des Ausschusses im Zusammenhang mit Petitionen zu Fragen im Bereich Behinderungen hin; stellt fest, dass die Zahl der Petitionen zu Behinderungen im Jahr 2023 im Vergleich zu den Vorjahren, insbesondere 2022, leicht zurückgegangen ist, betont jedoch, dass sich die Zahl gegenüber 2021 fast verdoppelt hat; stellt fest, dass Diskriminierung und der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und Beschäftigung weiterhin zu den wichtigsten Herausforderungen gehören, mit denen Menschen mit Behinderungen konfrontiert sind; weist darauf hin, dass der Petitionsausschuss der Forderung, die Rechte von Menschen mit Autismus im europäischen Behindertenrecht anzuerkennen, besondere Aufmerksamkeit

gewidmet hat; begrüßt die Annahme eines kurzen Entschließungsantrags zur Harmonisierung der Rechte von Menschen mit Autismus, in dem betont wird, dass der Zugang zu Diagnose, Gesundheitsversorgung, Bildung und Beschäftigung sowie die Barrierefreiheit und die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen ***verbessert werden müssen, einschließlich der Rechtsfähigkeit und lebenslanger*** Unterstützung in der Gemeinschaft, in der Kultur und im Sport;

gewidmet hat; begrüßt die Annahme eines kurzen Entschließungsantrags zur Harmonisierung der Rechte von Menschen mit Autismus, in dem betont wird, dass der Zugang zu Diagnose, Gesundheitsversorgung, Bildung und Beschäftigung sowie die Barrierefreiheit und die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen***, die Möglichkeit zur Ausübung der Geschäftsfähigkeit und die lebenslange*** Unterstützung in der Gemeinschaft, in der Kultur und im Sport ***verbessert werden müssen, und in dem die Gefahr hervorgehoben wird, dass Familien mit Kindern mit Autismus unerprobte und potenziell schädliche und rechtswidrige Therapien und Eingriffe angeboten werden, die eine schwere körperliche Misshandlung von Kindern zur Folge haben können***;

Or. en

Änderungsantrag 72
Pál Szekeres

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass der Petitionsausschuss innerhalb der EU im Rahmen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen eine besondere Schutzfunktion hat; weist auf die wichtige laufende Arbeit des Ausschusses im Zusammenhang mit Petitionen zu Fragen im Bereich Behinderungen hin; stellt fest, dass die Zahl der Petitionen zu Behinderungen im Jahr 2023 im Vergleich zu den Vorjahren, insbesondere 2022, leicht zurückgegangen ist, betont jedoch, dass sich die Zahl gegenüber 2021 fast verdoppelt hat; stellt fest, dass Diskriminierung ***und*** der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln ***und***	22. betont, dass der Petitionsausschuss innerhalb der EU im Rahmen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen eine besondere Schutzfunktion hat; weist auf die wichtige laufende Arbeit des Ausschusses im Zusammenhang mit Petitionen zu Fragen im Bereich Behinderungen hin; stellt fest, dass die Zahl der Petitionen zu Behinderungen im Jahr 2023 im Vergleich zu den Vorjahren, insbesondere 2022, leicht zurückgegangen ist, betont jedoch, dass sich die Zahl gegenüber 2021 fast verdoppelt hat; stellt fest, dass Diskriminierung***,*** der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln***,***

Beschäftigung weiterhin zu den wichtigsten Herausforderungen gehören, mit denen Menschen mit Behinderungen konfrontiert sind; weist darauf hin, dass der Petitionsausschuss der Forderung, die Rechte von Menschen mit Autismus im europäischen Behindertenrecht anzuerkennen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat; begrüßt die Annahme eines kurzen Entschließungsantrags zur Harmonisierung der Rechte von Menschen mit Autismus, in dem betont wird, dass der Zugang zu Diagnose, Gesundheitsversorgung, Bildung und Beschäftigung sowie die Barrierefreiheit und die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen verbessert werden müssen, einschließlich der Rechtsfähigkeit und lebenslanger Unterstützung in der Gemeinschaft, in der Kultur und im Sport;

Beschäftigung, angemessene Vorkehrungen, Bildung und das Recht auf eine eigenständige Lebensführung nach wie vor zu den wichtigsten Herausforderungen gehören, mit denen Menschen mit Behinderungen konfrontiert sind; weist darauf hin, dass der Petitionsausschuss der Forderung, die Rechte von Menschen mit Autismus im europäischen Behindertenrecht anzuerkennen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat; begrüßt die Annahme eines kurzen Entschließungsantrags zur Harmonisierung der Rechte von Menschen mit Autismus, in dem betont wird, dass der Zugang zu Diagnose, Gesundheitsversorgung, Bildung und Beschäftigung sowie die Barrierefreiheit und die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen verbessert werden müssen, einschließlich der Rechtsfähigkeit und lebenslanger Unterstützung in der Gemeinschaft, in der Kultur und im Sport;

Or. en

Änderungsantrag 73
Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. betont, dass der europäische Rechtsakt zur Barrierefreiheit[1a] am 17. April 2019 angenommen wurde und dass die darin festgelegte Frist für seine Umsetzung durch die Mitgliedstaaten am 28. Juni 2022 endete; betont, dass der wichtigste Zweck des europäischen Rechtsakts zur Barrierefreiheit darin bestand, mindestens 87 Millionen Menschen mit Behinderungen das Leben zu erleichtern und ihnen unter anderem den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Bankdienstleistungen, Computern, Fernsehgeräten, E-Books

und Online-Shops zu erleichtern; bedauert, dass er bisher in keinem Mitgliedstaat vollständig und kohärent umgesetzt wurde und die Verzögerungen immer weiter zunehmen, was durch die laufenden Vertragsverletzungsverfahren, die die Kommission gegen alle Mitgliedstaaten eingeleitet hat, bestätigt wird; bedauert zutiefst, dass die Kommission entgegen ihrer eigenen Kriterien fast alle diese Vertragsverletzungsverfahren in der vorgerichtlichen Phase ohne Anrufung des Gerichtshofs der Europäischen Union zum Stillstand bringt und somit nicht angemessen gegen diesen sehr schwerwiegenden Verstoß gegen das EU-Recht vorgeht, durch den die Rechte von Menschen mit Behinderungen erheblich geschwächt werden;

[1a] Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen.

Or. en

Änderungsantrag 74
Pál Szekeres

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. weist darauf hin, dass der Petitionsausschuss nach der Geschäftsordnung des Parlaments unter anderem für die Beziehungen zur Europäischen Bürgerbeauftragten zuständig ist; begrüßt die konstruktive Zusammenarbeit des Parlaments mit der Europäischen Bürgerbeauftragten, mit der der Petitionsausschuss die Ziele teilt, die Transparenz, Professionalität und Integrität	23. weist darauf hin, dass der Petitionsausschuss nach der Geschäftsordnung des Parlaments unter anderem für die Beziehungen zur Europäischen Bürgerbeauftragten zuständig ist; begrüßt die konstruktive Zusammenarbeit des Parlaments mit der Europäischen Bürgerbeauftragten, mit der der Petitionsausschuss die Ziele teilt, die Transparenz, Professionalität***, Effizienz***

der EU-Organe gegenüber den EU-Bürgerinnen und Bürgern sicherzustellen, sowie seine Beteiligung am Europäischen Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten;	und Integrität der EU-Organe gegenüber den EU-Bürgerinnen und Bürgern sicherzustellen, sowie seine Beteiligung am Europäischen Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten;

Or. en

Änderungsantrag 75
Sandra Gómez López, Alex Agius Saliba, Joanna Scheuring-Wielgus, Annalisa Corrado, Isilda Gomes, Hana Jalloul Muro, Sandro Ruotolo

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. weist erneut auf die Annahme eines Berichts über die Arbeitsweise des Jugendamts im Anschluss an eine Informationsreise nach Deutschland hin, in dem der Petitionsausschuss darauf bestand, dass nichtdeutsche Eltern in jeder Phase von Gerichtsverfahren, von denen Kinder betroffen sind, umfassende und klare Informationen in ihrer Muttersprache erhalten sollten und dass die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, insbesondere Artikel 24 über die Rechte des Kindes, uneingeschränkt eingehalten werden muss, damit jedes Kind eine persönliche Beziehung und direkten Kontakt zu beiden Elternteilen unterhalten kann, es sei denn, dies steht dem Wohl des Kindes entgegen;

Or. en

Änderungsantrag 76
Sandra Gómez López, Alex Agius Saliba, Joanna Scheuring-Wielgus, Annalisa Corrado, Hana Jalloul Muro, Sandro Ruotolo, Isilda Gomes

Entschließungsantrag
Ziffer 23 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23b. nimmt zur Kenntnis, dass eine Reihe von Petitionen und Initiativen zu Fragen der sozialen Rechte, der Arbeitnehmerrechte und der Rechte der Gewerkschaften gebührende Aufmerksamkeit erhalten haben und angemessen weiterbehandelt wurden, zum Beispiel die Debatte über die Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „Hochwertige Kleidung, faire Löhne“, die in eine Petition umgewandelt wurde und in der es in erster Linie um die schädliche Situation von Arbeitskräften in der globalen Bekleidungs- und Schuhindustrie aufgrund unlauterer Handelspraktiken ging, oder die Anfrage des Europäischen Parlaments zur mündlichen Beantwortung zu den Arbeitsbedingungen von Lehrkräften in der Europäischen Union, die vom Petitionsausschuss eingeleitet wurde und in der die Notwendigkeit betont wurde, das Ansehen und die Attraktivität des Lehrerberufs zu steigern, und zwar auch in ländlichen, abgelegenen und wenig besiedelten Gebieten;

Or. en

Änderungsantrag 77
Sandra Gómez López, Alex Agius Saliba, Joanna Scheuring-Wielgus, Annalisa Corrado, Isilda Gomes, Hana Jalloul Muro, Sandro Ruotolo

Entschließungsantrag
Ziffer 23 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23c. weist auf die Studie des Europäischen Parlaments über Obdachlosigkeit in der EU hin, die vom Petitionsausschuss in Auftrag gegeben und in seiner Sitzung im November 2023 erläutert wurde und mit der ein wichtiger Beitrag zu dieser dringend zu bewältigenden sozialen und

wirtschaftlichen Herausforderung als eine der schwerwiegendsten Formen der gesellschaftlichen Ausgrenzung geleistet wurde und in der betont wird, dass die Politik dahingehend geändert werden muss, dass dafür gesorgt wird, dass es gar nicht erst zu Obdachlosigkeit kommt, unter anderem indem sicherer und erschwinglicher Wohnraum zur Verfügung gestellt wird;

Or. en

Änderungsantrag 78
Sandra Gómez López, Alex Agius Saliba, Joanna Scheuring-Wielgus, Annalisa Corrado, Isilda Gomes, Hana Jalloul Muro, Sandro Ruotolo

Entschließungsantrag
Ziffer 23 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23d. betont, dass für faire Arbeitsbedingungen gesorgt werden muss und Arbeitnehmer in der EU besser geschützt werden müssen, und fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission nachdrücklich auf, wirksam auf die in Petitionen im Zusammenhang mit Arbeitnehmerrechten und Gewerkschaften geäußerten Bedenken einzugehen; betont, dass die wirksame Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte sichergestellt und die Rechtsvorschriften über gerechte Löhne, Sicherheit am Arbeitsplatz und Tarifverhandlungen in allen Mitgliedstaaten verschärft werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 79
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. weist erneut darauf hin, dass von EU-Bürgerinnen und Bürgern zahlreiche Petitionen eingereicht wurden, in denen auf die von der Kommission und den Einrichtungen der Mitgliedstaaten während der COVID-19-Pandemie begangenen Missbräuche hingewiesen wird; bedauert, dass der PETI-Ausschuss keine sinnvollen Maßnahmen ergriffen hat, wodurch die Bürgerinnen und Bürger in diesen beispiellosen Zeiten ungehört und ungeschützt blieben; betont, dass diese mangelnde Reaktion das Vertrauen und die Rechenschaftspflicht untergräbt, die die Bürgerinnen und Bürger von den EU-Organen bei ihrem Tätigwerden im Hinblick auf derartige ernsten Bedenken zu Recht erwarten;

Or. en

Änderungsantrag 80
Jana Toom, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. betont, dass die Kommission erforderlichenfalls den zuständigen nationalen Bürgerbeauftragten im Verlauf des Petitionsverfahrens ordnungsgemäß konsultieren sollte;

Or. en

Änderungsantrag 81
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. betont, dass Europäische Bürgerinitiativen (EBI) ein wichtiges Instrument für die aktive Bürgerschaft und die Beteiligung der Öffentlichkeit darstellen; begrüßt, dass in einigen Sitzungen erfolglose Europäische Bürgerinitiativen erörtert wurden, die zuweilen in Petitionen umformuliert wurden und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gaben, ihre Ideen vorzustellen und eine konstruktive Debatte zu führen, und gleichzeitig zu ihrer Beteiligung an den demokratischen Prozessen der EU beitrugen; nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission im Jahr 2023 eine erhebliche Zahl an neuen Europäischen Bürgerinitiativen registriert hat, was zeigt, dass Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit ergreifen, partizipative Instrumente zu nutzen, um bei Prozessen der Politikgestaltung und der Rechtsetzung mitzubestimmen; fordert die Kommission auf, sich besser mit den Bürgerinnen und Bürgern auseinanderzusetzen und angemessene Folgemaßnahmen zu erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiativen zu ergreifen; begrüßt die wichtigen Anstrengungen, die unternommen wurden, um in Zusammenarbeit mit anderen Ausschüssen vier öffentliche Anhörungen zu erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiativen zu organisieren, die es den Organisatoren ermöglichten, die Ziele der Initiative vorzustellen und mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Vertretern der Kommission zusammenzuarbeiten;	25. betont, dass Europäische Bürgerinitiativen (EBI) ein wichtiges Instrument für die aktive Bürgerschaft und die Beteiligung der Öffentlichkeit darstellen; begrüßt, dass in einigen Sitzungen erfolglose Europäische Bürgerinitiativen erörtert wurden, die zuweilen in Petitionen umformuliert wurden und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gaben, ihre Ideen vorzustellen und eine konstruktive Debatte zu führen, und gleichzeitig zu ihrer Beteiligung an den demokratischen Prozessen der EU beitrugen; nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission im Jahr 2023 eine erhebliche Zahl an neuen Europäischen Bürgerinitiativen registriert hat, was zeigt, dass Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit ergreifen, partizipative Instrumente zu nutzen, um bei Prozessen der Politikgestaltung und der Rechtsetzung mitzubestimmen; fordert die Kommission auf, sich besser mit den Bürgerinnen und Bürgern auseinanderzusetzen und angemessene Folgemaßnahmen zu erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiativen zu ergreifen; begrüßt die wichtigen Anstrengungen, die unternommen wurden, um in Zusammenarbeit mit anderen Ausschüssen vier öffentliche Anhörungen zu erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiativen zu organisieren, die es den Organisatoren ermöglichten, die Ziele der Initiative vorzustellen und mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Vertretern der Kommission zusammenzuarbeiten; ***betont, dass das Engagement der Kommission im Zusammenhang mit der Reaktion auf gültige Europäische Bürgerinitiativen unerlässlich ist, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Europäische Bürgerinitiative als wichtigstes Instrument der partizipativen Demokratie zu stärken;***
	Or. en

Änderungsantrag 82
Pál Szekeres

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. betont, dass Europäische Bürgerinitiativen (EBI) ein wichtiges Instrument für die aktive Bürgerschaft und die Beteiligung der Öffentlichkeit darstellen; begrüßt, dass in einigen Sitzungen erfolglose Europäische Bürgerinitiativen erörtert wurden, die zuweilen in Petitionen umformuliert wurden und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gaben, ihre Ideen vorzustellen und eine konstruktive Debatte zu führen, und gleichzeitig zu ihrer Beteiligung an den demokratischen Prozessen der EU beitrugen; nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission im Jahr 2023 eine erhebliche Zahl an neuen Europäischen Bürgerinitiativen registriert hat, was zeigt, dass Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit ergreifen, partizipative Instrumente zu nutzen, um bei Prozessen der Politikgestaltung und der Rechtsetzung mitzubestimmen; fordert die Kommission auf, sich besser mit den Bürgerinnen und Bürgern auseinanderzusetzen und angemessene Folgemaßnahmen zu erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiativen zu ergreifen; begrüßt die wichtigen Anstrengungen, die unternommen wurden, um in Zusammenarbeit mit anderen Ausschüssen vier öffentliche Anhörungen zu erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiativen zu organisieren, die es den Organisatoren ermöglichten, die Ziele der Initiative vorzustellen und mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Vertretern der Kommission zusammenzuarbeiten;	25. betont, dass Europäische Bürgerinitiativen (EBI) ein wichtiges Instrument für die aktive Bürgerschaft und die Beteiligung der Öffentlichkeit darstellen; begrüßt, dass in einigen Sitzungen erfolglose Europäische Bürgerinitiativen erörtert wurden, die zuweilen in Petitionen umformuliert wurden und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gaben, ihre Ideen vorzustellen und eine konstruktive Debatte zu führen, und gleichzeitig zu ihrer Beteiligung an den demokratischen Prozessen der EU beitrugen; nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission im Jahr 2023 eine erhebliche Zahl an neuen Europäischen Bürgerinitiativen registriert hat, was zeigt, dass Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit ergreifen, partizipative Instrumente zu nutzen, um bei Prozessen der Politikgestaltung und der Rechtsetzung mitzubestimmen; fordert die Kommission auf, sich besser mit den Bürgerinnen und Bürgern auseinanderzusetzen und angemessene Folgemaßnahmen zu erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiativen zu ergreifen ***und Rechtsvorschriften in die Wege zu leiten***; begrüßt die wichtigen Anstrengungen, die unternommen wurden, um in Zusammenarbeit mit anderen Ausschüssen vier öffentliche Anhörungen zu erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiativen zu organisieren, die es den Organisatoren ermöglichten, die Ziele der Initiative vorzustellen und mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Vertretern der Kommission zusammenzuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 83
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die angenommenen Entschließungen des Parlaments zu Europäischen Bürgerinitiativen gebührend zu berücksichtigen und ihre Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern zu verstärken, insbesondere durch angemessene und wirksame Folgemaßnahmen zu erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiativen, wodurch der demokratische Prozess gestärkt und sichergestellt wird, dass die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger in der Politikgestaltung der EU angemessen berücksichtigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 84
Pál Szekeres

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. begrüßt, dass sich der Petitionsausschuss in seiner Sitzung im Juni 2023 mit Petitionen im Zusammenhang mit Problemen indigener nationaler Minderheiten befasst hat; stellt jedoch mit Bedauern fest, dass die Kommission 2021 die Gelegenheit, Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit der erfolgreichen Bürgerinitiative mit dem Titel „Minority SafePack“ in die

	Wege zu leiten, absichtlich nicht genutzt hat; stellt fest, dass es dementsprechend keine europäische Politik für nationale Minderheiten in Europa gibt, weshalb es in diesem Bereich nach wie vor strukturelle Probleme gibt;

Or. en

Änderungsantrag 85
Pál Szekeres

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. betont, dass das Petitionsportal ein wesentliches Instrument für die Sicherstellung eines reibungslosen, effizienten und transparenten Petitionsverfahrens ist; begrüßt in diesem Zusammenhang die Verbesserungen in Bezug auf den Datenschutz und die Sicherheitsmerkmale, durch die das Portal nutzerfreundlicher und sicherer für die Bürgerinnen und Bürger gemacht wurde; betont, dass die Bemühungen um eine bessere Zugänglichkeit des Portals fortgesetzt werden müssen, einschließlich einer besseren Zugänglichkeit für Gebärdende und Menschen mit Behinderungen; stellt fest, dass das Petitionsportal zu den am häufigsten besuchten Websites des Europäischen Parlaments zählte und somit für viele EU-Bürgerinnen und -Bürger die erste Anlaufstelle für die Kontaktaufnahme mit dem Parlament darstellt;	26. betont, dass das Petitionsportal ein wesentliches Instrument für die Sicherstellung eines reibungslosen, effizienten und transparenten Petitionsverfahrens ist; begrüßt in diesem Zusammenhang die Verbesserungen in Bezug auf den Datenschutz und die Sicherheitsmerkmale, durch die das Portal nutzerfreundlicher und sicherer für die Bürgerinnen und Bürger gemacht wurde; betont, dass die Bemühungen um eine bessere Zugänglichkeit des Portals fortgesetzt werden müssen, einschließlich einer besseren Zugänglichkeit ***und der Anpassung*** für Gebärdende und Menschen mit Behinderungen ***und der Sicherstellung der Inklusivität durch universelles Design***; stellt fest, dass das Petitionsportal zu den am häufigsten besuchten Websites des Europäischen Parlaments zählte und somit für viele EU-Bürgerinnen und -Bürger die erste Anlaufstelle für die Kontaktaufnahme mit dem Parlament darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 86
Jana Toom, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. verweist auf die europäische Dimension des Petitionsausschusses, an den sich Bürgerinnen und Bürger aus allen 27 Mitgliedstaaten in Angelegenheiten wenden können, die in den Anwendungsbereich der EU-Verträge und der Rechtsvorschriften der EU fallen; ist der Ansicht, dass der Ausschuss eine besondere Verantwortung dafür trägt, diese europäische Dimension zu wahren und den Bürgerinnen und Bürgern den Mehrwert der europäischen Einheit und Integration aufzuzeigen; ist der Ansicht, dass die Behandlung von Petitionen geografisch ausgewogen und proportional zur Bevölkerung der einzelnen Mitgliedstaaten sein sollte; vertritt in dieser Hinsicht die Auffassung, dass sich das Europäische Parlament stärker darum bemühen sollte, die Rolle und Arbeit seines Petitionsausschusses herauszustellen und alle EU-Bürgerinnen und Bürger dafür zu sensibilisieren, dass sie eine Petition an das Europäische Parlament richten können; fordert die im Petitionsausschuss vertretenen Fraktionen nachdrücklich auf, in Bezug auf die Auswahl und Behandlung von Petitionen Konsens und Ausgewogenheit anzustreben;

Or. en